



CDU

DIE LINKE.

Freie
Demokraten
FDP

SPD

Bundestagswahl 2021 Kandidat*innen vom Niederrhein bekennen Farbe

KAB mischt mit –
Für ein christlichen Miteinander
in der Arbeitswelt.

Impressum



Die Kandidat*innen zur Wahl des 20. Deutschen Bundestages von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP und SPD aus den Städten Krefeld und Mönchengladbach sowie dem Kreis Viersen bekennen Farbe zu den aktuellen Fragen der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung (KAB) zur Bundestagswahl am 26. September 2021.

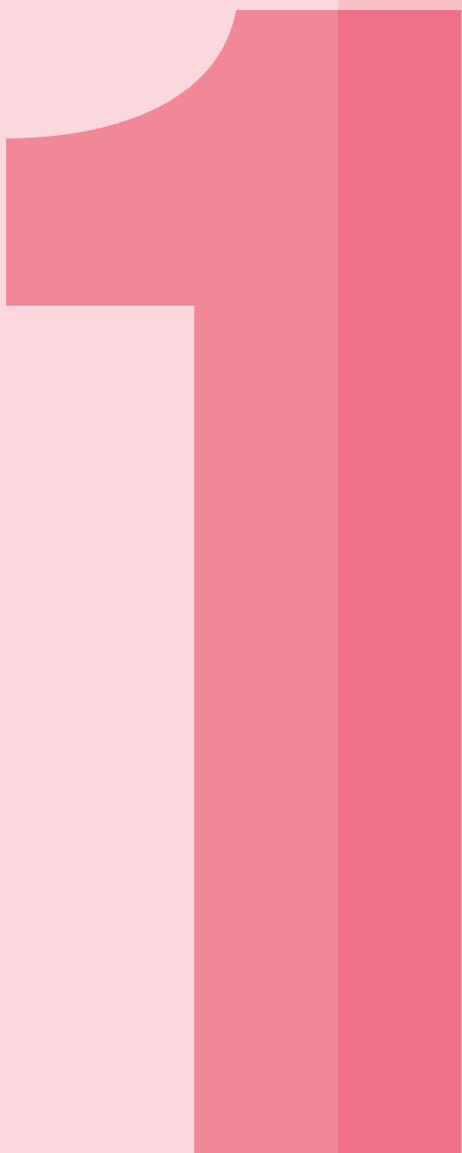
Der KAB Bezirksverband Mittlerer Niederrhein hatte die Kandidat*innen dieser Parteien aus Krefeld, Mönchengladbach und Viersen angeschrieben und sie gebeten, zu den KAB Positionen in gesellschaftlich wichtigen Themen im Vorfeld der Bundestagswahl Stellung zu beziehen. Die Themen der KAB sind Arbeit, Verteilungsgerechtigkeit, Sozial-ökologische Erneuerung, Demokratie wählen. Zu den vier benannten Themen wurde von der KAB zunächst die Ausgangslage beschrieben und danach die Position der KAB dazu benannt und jeweils pro Thema vier Fragen gestellt.

Die Bundestagskandidat*innen wurden vom KAB Bezirksverband Mittlerer Niederrhein gebeten, sich von den genannten Inhalten zwei Themen auszusuchen, die ihnen besonders wichtig sind und zu diesen beiden Themen die vier dazu aufgeführten Fragen schriftlich auf höchstens einer DIN A4 Seite zu beantworten und an das KAB Zentrum Krefeld zurück zu schicken. Mit der Rücksendung der Antworten erklärten sich die Kandidat*innen zugleich mit einer Veröffentlichung dieser zur Information ihrer Wähler*innen bereit. In der vorliegenden Broschüre werden zunächst die Themen der KAB mit ihrer Ausgangslage und den Positionen der KAB benannt und im Anschluss daran erfolgen jeweils vier Fragen der KAB und die entsprechenden Antworten der Kandidat*innen, die sich dieses Thema ausgewählt haben, in alphabetischer Reihenfolge ihres Nachnamens. Die KAB Mittlerer Niederrhein bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen angeschriebenen Kandidat*innen, dass sie der KAB geantwortet haben und dabei durch ihre Themenauswahl die ihnen persönlich besonders wichtigen Inhalte deutlich gemacht haben.

Für die Bezirksleitung Mittlerer Niederrhein

Gerhard Milbert
Bezirksvorsitzender

Günter Weber
KAB Sekretär



Arbeit

WERTvoll arbeiten

– menschenwürdig statt prekär



Ausgangslage

Prekäre Arbeit ist weiterhin auf dem Vormarsch. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind häufig ungeschützt, schlecht entlohnt, risikobehaftet und bedeuten eine ungewisse Perspektive für die Zukunft. Prekär Arbeitende können ihre Rechte nicht ausreichend wahrnehmen und haben so einen geringen sozialen Schutz. Sie tragen ein deutlich höheres gesundheitliches Risiko, sind größeren Gefahren ausgesetzt, zu erkranken und sogar dauerhaft arbeitsunfähig zu werden. Arbeitslosigkeit ist eine ständige Bedrohung für viele prekär Beschäftigte. 40 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse sind mittlerweile >atypisch<, d.h. sie entsprechen nicht in vollem Maße >Norma  Arbeitsverhältnissen<.

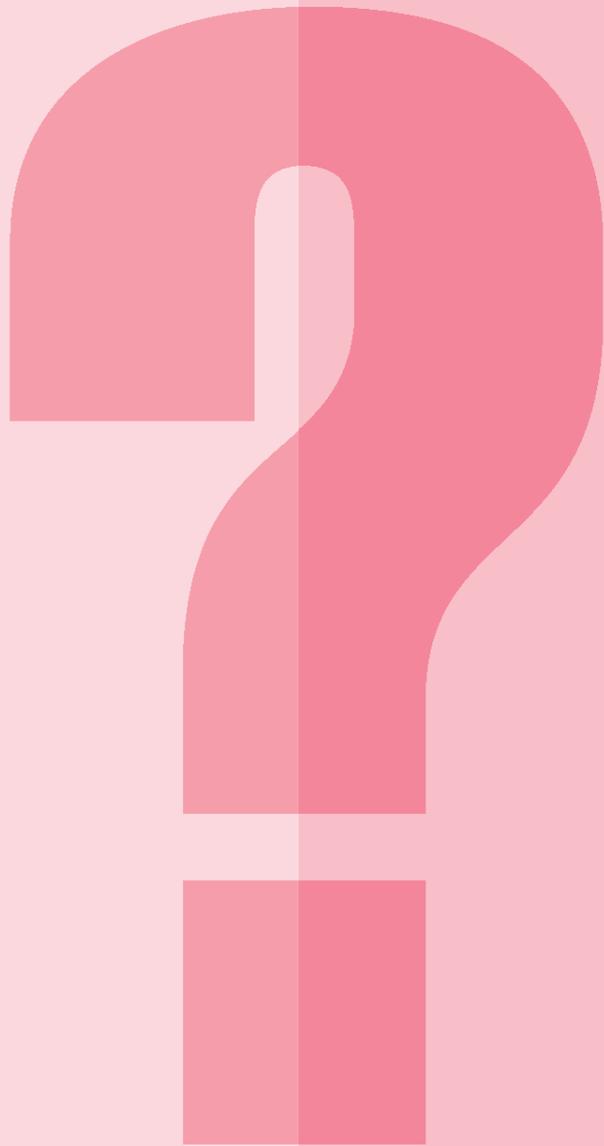
Dafür setzen wir uns ein:

Wir wollen einen gerechten Lohn für alle! Wer arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Deshalb muss der gesetzliche Mindestlohn deutlich auf 14,09 Euro pro Stunde angehoben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Mindestlohn mindestens 60 Prozent des Durchschnittslohns beträgt.

Wir wollen prekäre Arbeit abschaffen! Jede Arbeit muss menschenwürdig sein. Unser Ziel ist eine Vollbeschäftigung an menschenwürdiger und WERTvoller Arbeit. Arbeit ist wertvoll. Nur dann ist sie sinnvoll, verlässlich, beständig und gut für alle. Dann stärkt sie das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhang in unserer Gesellschaft. Dafür setzen wir uns ein.

Wir wollen die Rechte der arbeitenden Menschen stärken und ausbauen! Deshalb muss die Tarifbindung durch ein Tariftreuegesetz und Allgemeinverbindlichkeitserklärungen deutlich ausgebaut werden. Wir fordern den Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung. Wir setzen uns für ein Lieferkettengesetz ein, das menschenwürdige Arbeit in allen Produktions- und Distributionsprozessen als Kernnorm festschreibt.





VIER FRAGEN ZUR ARBEIT AN DIE KANDIDAT*INNEN:

1

Wie stehen Sie zu der Forderung der KAB, den gesetzlichen Mindestlohn auf 14,09 Euro zu erhöhen? Welche Höhe des gesetzlichen Mindestlohns favorisieren Sie?

2

Die KAB setzt sich für menschenwürdige Arbeit ein und fordert die Abschaffung  prekärer Beschäftigungsverhältnisse<. Wie stehen Sie zu dieser Forderung? Für welche politischen Maßnahmen werden Sie sich einsetzen, um >Normalarbeitsverhältnisse< auszubauen und zu stärken?

3

Die KAB will die Tarifbindungen und die Mitbestimmung stärken und ausbauen. Welche Bedeutung hat für Sie persönlich die betriebliche Mitbestimmung und die Unternehmensmitbestimmung? Was sagt Ihre Partei dazu?

4

Mit zahlreichen anderen Organisationen engagiert sich die KAB seit langem in der >Initiative Lieferkettengesetz<, damit Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörungen vermeiden – bei uns, in Europa und weltweit. Wie stehen Sie zu einem wirksamen Lieferkettengesetz? Sollte Deutschland eine Vorreiterrolle für soziale und ökologische Standards in Europa und weltweit übernehmen?





**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



DIE LINKE.

SPD

Jan Dieren, SPD Kandidat Krefeld, Wahlkreis KR II

1

Die SPD tritt zur Bundestagswahl mit der Forderung an, den Mindestlohn auf 12 € zu erhöhen. Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber der aktuellen Höhe von 9,50 €. Ich halte die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 € deshalb für richtig. Berechnungen zeigen aber, dass der Mindestlohn weiter steigen müsste, damit Menschen davon nicht nur jetzt, sondern auch im Alter leben können, ohne auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Deshalb sind 12 € das Mindeste. Je höher der Mindestlohn, desto mehr haben Menschen in der Tasche. Deshalb favorisiere ich keine bestimmte Höhe, sondern möchte mich – gemeinsam mit den arbeitenden Menschen und ihren Vertretungen – für eine stetige Erhöhung der Löhne einsetzen, auch des Mindestlohns.

2

Die Forderung nach der Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse unterstütze ich: Wir müssen alle Beschäftigungsverhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet werden. Deshalb ist es richtig, sachgrundlose Befristungen abzuschaffen, befristete Arbeitsverhältnisse besser zu kontrollieren und Leiharbeitsverhältnisse stärker zu beschränken.

3

Die Mitbestimmung ist der Bereich der Arbeitswelt, in dem wir demokratisch darüber diskutieren und entscheiden können, welche Wirkungen unsere Arbeit und Produktion haben. Damit erfüllt sie eine wichtige gesellschaftliche Rolle. Das ist jedoch nicht überall der Fall. In vielen Unternehmen und Betrieben gibt es keine Mitbestimmung. Aber auch dort, wo es Mitbestimmung gibt, bleibt sie auf bestimmte Bereiche der Arbeitswelt beschränkt. Deshalb möchte ich die Mitbestimmung ausbauen und weiterentwickeln. Mehr Unternehmen sollten mitbestimmt sein. Und wir sollten die Mitbestimmung auch auf unternehmerische Fragen ausweiten.



Nur so können wir der Verantwortung, die die Beschäftigten schon heute in vielen Unternehmen wahrnehmen, wirklich gerecht werden. In ihrem Zukunftsprogramm hat die SPD Vorschläge gemacht, um die Hürden für die Gründung von Betriebsräten zu senken. Kolleg*innen sollen besser vor „Union busting“ geschützt werden, wenn sie ihr demokratisches Recht auf Mitbestimmung wahrnehmen. Auch die Tarifbindung möchte die Sozialdemokratie stärken. Nicht nur durch warme Worte, sondern auch, indem Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden.

4

Dass das Lieferkettengesetz in diesem Jahr beschlossen wurde, ist mit ein Verdienst der SPD. Sie hat das Gesetz auch gegen den Widerstand ihrer Koalitionspartner*innen von CDU und CSU durchgesetzt. Und es ist gut, dass über das Lieferkettengesetz Unternehmen nun dafür in Verantwortung genommen werden, woher sie ihre Rohstoffe beziehen und wo sie ihre Produkte herstellen lassen. Aber man merkt dem Gesetz an, dass CDU und CSU es am liebsten verhindert hätten. Deshalb sollte das Gesetz erweitert werden: Unternehmen müssen umfänglich Verantwortung dafür übernehmen, wie sie produzieren und unter welchen Arbeitsbedingungen Menschen für sie arbeiten. Vor dieser Verantwortung dürfen sie sich nicht drücken können, indem sie ihre Produktion ins Ausland verlagern.

Philipp Einfalt, SPD Kandidat Krefeld, Wahlkreis KR I

1

12 Euro sind für mich die unterste Haltelinie. Damit wäre es allerdings nicht getan, denn ganz grundsätzlich müssen wir für Steigerungen in den unteren Lohnsegmenten sorgen. Eine Reinigungskraft oder Kassierer*in muss von ihrem Lohn menschenwürdig leben können. Und bessere Löhne bedeuten auch bessere Renten. Höhere Löhne – und damit auch ein höherer Mindestlohn – sind genauso eine Maßnahme gegen Altersarmut.

2

Die Zahl der Menschen, die in sogenannten atypischen Jobs arbeiten müssen, hat weiter zugenommen. Der Anteil von Teilzeitstellen, Minijobs und Leiharbeit an der Gesamtbeschäftigung ist erneut gestiegen. Diese Beschäftigungsformen tragen hohe Risiken am Arbeitsmarkt. Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Es droht Altersarmut. Die Beschäftigten brauchen dauerhaft Sicherheit und eine Perspektive. Ich will dazu beitragen, dass unsichere Beschäftigungsverhältnisse abgeschafft werden. Beschäftigungsverhältnisse müssen unbefristet und tariflich bezahlt sein. Die Befristung ohne Sachgrund muss abgeschafft werden und die Sachgründe für Befristungen auf das Notigste beschränkt werden. Kettenbefristungen müssen gesetzlich ausgeschlossen werden. Wir brauchen eine Gleichbehandlung bei den Arbeitsbedingungen. Bei den Minijobs heißt das Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro.

3

Ich bin hauptberuflich voll freigestellter Personalrat und mit meinem Team für 5000 Beschäftigte zuständig. Von Mitbestimmung in allen ihren Formen profitieren Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen. Sie ist demokratisches Mittel und gibt den Beschäftigten die Möglichkeit, ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen zu vertreten und unsere Arbeitswelt aktiv mitzugestalten.



Aus meiner Sicht bewirken Mitbestimmung und eben auch Tarifbindung höhere Löhne und mehr Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen, mehr Ausbildungsplätze, bessere Urlaubsregelungen und mit diesen und weiteren Maßnahmen auch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mitbestimmung sorgt für mehr Jobsicherheit und für familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Und mehrfach nachgewiesen. Mit Mitbestimmung und Tarifverträgen sind Unternehmen produktiver und sozial, ökologisch und betriebswirtschaftlich nachhaltiger.

4

Ja, ich stehe hinter einem wirksamen Lieferkettengesetz und ja, Deutschland sollte dabei eine Vorreiterrolle übernehmen bzw. diese fortführen. Menschenrechte müssen geschützt und Rechtsstandards weltweit eingehalten werden. Der Bundestag hat den Entwurf des SPD-geführten Arbeitsministeriums zum Lieferkettengesetz am 11. Juni 2021 beschlossen, der Bundesrat das Gesetz am 25. Juni 2021 gebilligt. Wichtig ist nun, dass das Gesetz kontrolliert wird. Dass Bußgelder in einen Fonds fließen sollen, der von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen Hilfe bietet, ist ein gutes Signal. Aber es muss weiter ausgeschärft, Defizite im Gesetz erkannt und im Hinblick auf Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung nachgeschärft werden.

Rene Heesen, Bündnis 90/Die Grünen, Kandidat Kreis Viersen

1

Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen. Aber in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit schlechten Löhnen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Das wollen wir ändern. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben. Anschließend muss der Mindestlohn weiter steigen, um wirksam vor Armut zu schützen und mindestens der Entwicklung der Tariflöhne zu entsprechen. Die bestehenden Ausnahmen für unter 18-Jährige und Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie.

2

Prekärer Beschäftigung wollen wir mit einer sozial gerechten Arbeitspolitik entgegentreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocknen den Niedriglohnsektor mittelfristig aus. Selbständige brauchen gute Rahmenbedingungen und eine bessere soziale Absicherung. Strukturelle Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir bekämpfen. Für Menschen, die lange arbeitslos sind, schaffen wir einen dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt, der sinnstiftende Tätigkeiten vermittelt.

3

Seit meiner Ausbildung bin ich selbst Mitglied der IG Metall. Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie meistens für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und starke Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten. Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens



Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Tariffucht darf sich für Unternehmen nicht lohnen. Wir wollen Betriebe verpflichten zu veröffentlichen, ob sie Tarifvertragspartei sind. Bei Umstrukturierungen sollen die bisherigen tariflichen Regelungen gelten

4

Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards, Menschenrechte sowie Klima- und Artenschutz entlang der gesamten internationalen Wertschöpfungskette durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene. Damit können wir auch weltweit eine Vorreiterrolle in diesem Bereich einnehmen. Zudem schafft ein solch verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und er schafft Rechtssicherheit.

Julia Suermond, Die Linke Kandidatin Krefeld

1- 4

Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn auf 13 Euro anheben, damit Einkommen aus Arbeit auch wirklich vor Armut schützt. Die Gehälter für Normal- und Geringverdienende müssen deutlich steigen. Im Durchschnitt bekommen Beschäftigte ohne Tarifvertrag im Monat 653 € weniger Lohn. Wer soziale Spaltung bekämpfen will, darf Tariffucht nicht länger dulden! Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen und Minijobs drücken auf die Löhne und schwächen die Sozialversicherung. Daher wollen wir diese Jobs möglichst in reguläre, voll sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse überführen. Dafür muss die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gestärkt und müssen Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Letzteres muss auf Antrag einer Tarifvertragspartei möglich sein. Das Vetorecht der Arbeitgeberseite im Tarifausschuss gehört abgeschafft, und es muss als »öffentliches Interesse« gelten, Tarifverträge in ihrer Reichweite zu stärken und einen Unterbietungs-Wettbewerb zulasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Per Rechtsverordnung gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz sollen zudem auch in Tarifverträgen geregelte komplette Entgelttabellen auf nicht tarifgebundene Unternehmen erstreckt werden können. Produkte, an denen Blut klebt, dürfen nicht auf unsere Märkte gelangen! Konzerne sollten durch ein Lieferkettengesetz dafür haften, wenn Subunternehmen oder Zulieferer, denen sie die Bedingungen diktieren, Menschenrechte verletzen oder die Umwelt verpesten. Das Gesetz der Bundesregierung lässt zu viele Lücken und die europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zementieren Abhängigkeiten des Globalen Südens als Rohstofflieferant und müssen durch faire Handelsabkommen ersetzt werden. Unternehmen müssen verpflichtet werden, entlang ihrer gesamten Wertschöpfungsketten Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und Umweltzerstörung auszuschließen. Deshalb unterstützen wir das Abkommen (UN-Treaty), durch das Beschäftigte die Möglichkeit erhalten, überall auf der Welt am Ort ihrer Tätigkeit ihre Rechte einklagen zu können.



Gülistan Yüksel, Mitglied des Bundestages (MdB), SPD Kandidatin Mönchengladbach

1

Die SPD hatte es 2013 geschafft, die Einführung eines Mindestlohns in den damaligen Koalitionsvertrag zu verhandeln – und **dass** trotz der harten Widerstände aus der Union. Seit 2015 gibt es in Deutschland endlich den gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn, worüber ich als Sozialdemokratin sehr froh bin. Denn wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit auch ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Ein höherer Mindestlohn ist daher eine Frage des Respekts. Als Sozialdemokratinnen haben wir in unserem Zukunftsprogramm festgeschrieben, den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens 12 Euro zu erhöhen. Darüber hinaus wollen wir die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten.

2

Arbeit ist die Grundlage für die Sicherung des Lebensunterhaltes und für die Teilnahme am sozialen Leben. Deshalb wollen wir prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückdrängen und das unbefristete, ordentlich bezahlte Normalarbeitsverhältnis stärken. Unser Ziel ist die Vollbeschäftigung mit gerechten Löhnen. Ein „Recht auf Arbeit“ bedeutet für uns, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um **Jeden** zu kümmern und **jeden** Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen. Wir wollen die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen abschaffen und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen. Leiharbeiterinnen sollen außerdem ab dem ersten Tag den gleichen Lohn wie Festangestellte erhalten. Die Corona-Krise hat auch erneut gezeigt, dass die soziale Sicherung von Minijobs unzureichend ist. Das Ziel der SPD ist deshalb, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen. Die Sicherung und Weiterentwicklung von Arbeitnehmerinnenrechten hat für uns eine große Bedeutung. Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsgesetz sind unverzichtbare Bestandteile des Sozialstaates.

3

Im Rahmen meiner jahrelangen ehrenamtlichen und politischen Arbeit in Mönchengladbach habe ich immer wieder erlebt, wie wichtig eine Mitbestimmung der Mitarbeitenden und ein starker Betriebsrat sind – zum Beispiel, wenn es um die Arbeitsbedingungen vor Ort oder die Aufspaltung eines Unternehmens geht. Mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz haben wir dafür gesorgt, dass es einfacher wird, einen Betriebsrat zu gründen und zu wählen – gerade auch in kleineren Betrieben. Als SPD wollen wir aber auch die Betriebsverfassung reformieren, denn eine letzte große Reform liegt mittlerweile 20 Jahre zurück. Dabei wollen wir mehr echte Mitbestimmungsrechte, etwa bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, beim Abschluss von Leiharbeits- und Werkverträgen, beim Einsatz neuer Technologien und Arbeitsweisen wie auch bei der Personalbemessung und bei der betrieblichen Weiterbildung. Außerdem sollte der Kündigungsschutz von Betriebsrätinnen ausgeweitet und Fälle, in denen Betriebsratsarbeit behindert wird, stärker verfolgt werden.

Ein weiteres wichtiges sozialdemokratisches Anliegen sind faire und gerechte Löhne. Wir wollen es einfacher machen, dass Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt werden können, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeberinnen in einer Branche gelten. Unser Ziel ist, dass sich möglichst viele Unternehmen an den Tarifverträgen beteiligen, denn die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Deshalb sollte ein öffentlicher Auftrag nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Dazu schaffen wir ein Bundestariftreuegesetz.



4

Auch das in der aktuellen Wahlperiode eingeführte Lieferkettengesetz ist – wie der Mindestlohn – eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte, die wir gegen den Widerstand der Union durchsetzen konnten. Mit dem Lieferkettengesetz haben wir einen historischen Schritt von der freiwilligen zur rechtlich verbindlichen Einhaltung von Menschenrechten gemacht. Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit zu stärken, gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Unternehmen müssen auf der ganzen Welt menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten einhalten. Denn in einer globalen Welt endet die Sorgfaltspflicht der Unternehmen nicht am Werkstor. Vielmehr müssen deutsche Unternehmen überall dafür Verantwortung übernehmen, wenn es in ihren Lieferketten zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch Geschäftsbeziehungen und Produktionsweisen der Zulieferer müssen in den Blick genommen werden. Als drittgrößter Warenimporteur und Exporteur weltweit kommt uns eine besondere Verantwortung zu. Das von uns eingeführte Lieferkettengesetz ist allerdings ein nationales Gesetz, was in unserem globalen Zeitalter nur ein erster Schritt sein kann. Es muss deshalb konsequent weiterentwickelt werden.



2

Verteilungs- gerechtigkeit

**Die Lasten der Corona-
Pandemie gerecht verteilen!**



COVID-19
Coronavirus
Vaccine

SARS-CoV-2
COVID-19
Coronavirus
Vaccine
SARS-CoV-2

SARS-CoV-2
COVID-19
Coronavirus
Vaccine
SARS-CoV-2

Ausgangslage

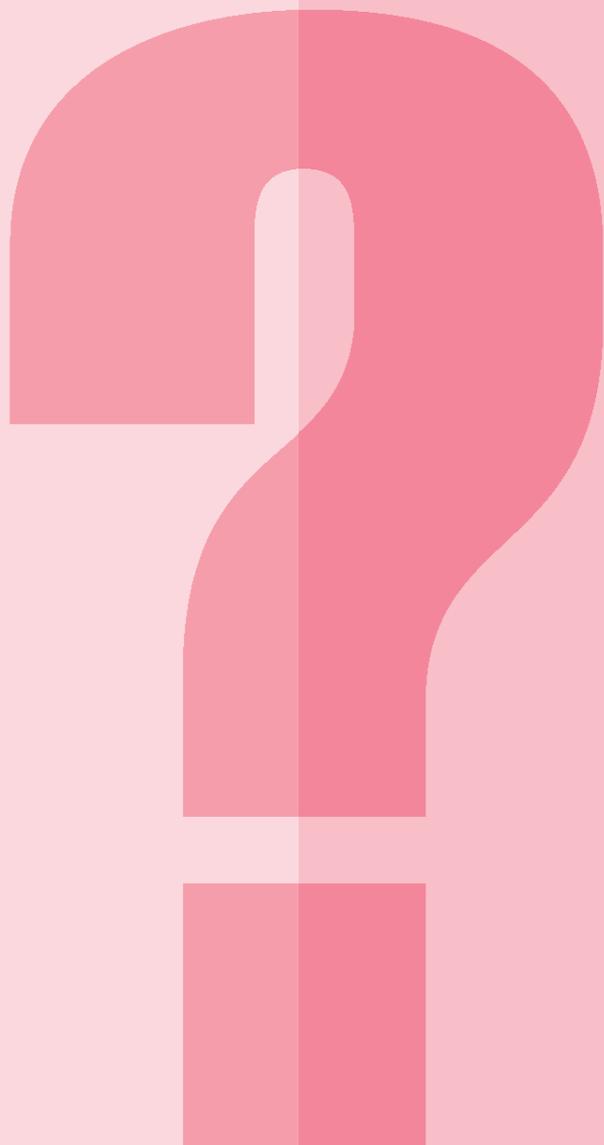
Die Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft tief erschüttert und die soziale Spaltung unserer Gesellschaft offengelegt. Sie hat vor allem diejenigen hart getroffen, die sowieso schon am Rande unserer Gesellschaft stehen: Geringverdiener*innen, Minijobber*innen, Soloselbständige, >Click-Worker<, kurzfristig Projektbeschäftigte, Alleinerziehende, Auszubildende, Student*innen, Zugewanderte, Erwerbslose, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen und Obdachlose. Die Bundesregierung hat mit Rettungsschirmen, Überbrückungshilfen, Konjunkturpaketen und anderen Maßnahmen den Kollaps verhindert. Der Sozialstaat hat sich als funktionsfähig erwiesen. Gleichzeitig sind aber auch seine Defizite deutlich geworden. Sichtbar wurden die verheerenden Folgen der Privatisierung, der Deregulierung und der Spar- und Kürzungspolitik der letzten Jahrzehnte. Der Staat hat sich in einem historischen Ausmaß verschuldet. Wer zahlt jetzt die Folgekosten?

Dafür setzen wir uns ein:

Wir wollen eine gerechte Lastenverteilung! Deutschland ist mittlerweile eine Steueroase für Erbschaften und Vermögen. Wir fordern schon seit langem, dass der vorhandene Reichtum gerechter verteilt wird und dass Gemeinwohl vor Profit geht. Diese Forderungen sind aktueller denn je. Wir setzen uns für eine gerechte Steuerreform als Teil einer solidarischen Umverteilungspolitik ein, die Großen, Spitzenverdiener, Multimillionäre und Milliardäre und finanzstarke Unternehmen zukünftig, etwa durch eine Vermögenssteuer, stärker besteuert.

Wir wollen die Lasten nicht kommenden Generationen aufbürden! Gegenüber der wirtschaftlichen Leistung unseres Landes hält sich die Staatsverschuldung in einem verträglichen Maß. Der Anteil der Staatsschulden am Sozialprodukt ist im internationalen Vergleich niedrig. Dennoch: Wir setzen uns dafür ein, dass nicht kommende Generationen die Zeche zahlen und eine grundlegende Steuerreform in der kommenden Legislaturperiode des Dt. Bundestages umgesetzt wird, die endlich Steuergerechtigkeit herstellt. Wir setzen uns weiterhin nach dem Leistungsprinzip für eine progressive Besteuerung und einen Spitzensteuersatz von 50 Prozent ein. Wir wollen die Regelsätze der Grundsicherung deutlich auf ein bedarfsdeckendes Niveau anheben.





VIER FRAGEN ZUR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT AN DIE KANDIDAT*INNEN:

1

Wie beurteilen Sie die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie?
Halten Sie eine höhere Staatsverschuldung für gerechtfertigt?

2

Die KAB setzt sich für mehr Steuergerechtigkeit ein, die nach dem Leistungsprinzip Großerben, Multimillionäre und Milliardäre und finanzstarke Unternehmen, etwa durch eine Vermögenssteuer, stärker belastet. Was ist Ihre Meinung dazu?

3

Welche (Gegen-)Vorschläge haben Sie, um mehr Steuergerechtigkeit und einen Lastenausgleich herzustellen? Für welche Maßnahmen werden Sie sich im Deutschen Bundestag einsetzen?

4

Wie sehen Sie grundsätzlich die Zukunft des Sozialstaates?
Muss dieser weiter abgebaut, eingefroren oder eher ausgebaut werden?
Wo sehen Sie dringenden Handlungsbedarf?



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



DIE LINKE.

SPD

Otto Fricke, Mitglied des Bundestages (MdB), FDP Kandidat Krefeld, Wahlkreis KR I

1

Es war richtig im vergangenen Jahr die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse auszusetzen. Die finanziellen Unterstützungen für Arbeitnehmerinnen und Unternehmen waren notwendig – auch noch im Haushaltsjahr 2021. Allerdings muss man sich in Zeiteinschlagartig erhöhter Ausgaben auch die Frage stellen, an welchen Stellen in der Krise Geld eingespart werden muss, um den Schuldenberg nicht unverhältnismäßig groß werden zu lassen – auch aus Liebe und Verantwortung gegenüber unseren Kindern und kommenden Generationen. Denn eins ist klar: Die Tilgung der Schuldenlast wird man nicht nur über Wirtschaftswachstum bezahlen können. Dafür werden vor allem zukünftige Generationen an Steuerzahlern aufkommen müssen.

2

Die FDP fordert ganz klar Steuergerechtigkeit. Gleichzeitig bekennen wir uns zu unserer Verfassung: Eine Substanzbesteuerung ist sowohl vor diesem Hintergrund als auch mit Blick auf ihre praktische Durchführbarkeit aus unserer Sicht abzulehnen. Gerade in Zeiten, in denen wir mithilfe unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft aus der Corona Krise herauswachsen wollen, sind zusätzliche Abgaben ein Hindernis.

3

Wir Freien Demokraten wollen ein grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik. Wir fordern faire Regeln bei der internationalen Besteuerung, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen und die Abschaffung des Mittelstandbauchs bei den Steuersätzen, um einen leistungsgerechten linearen Chancentarif zu gestalten. Nur so lässt sich Wohlstand nachhaltig für alle sichern.



4

Es ist selbstverständlich, dass wir die Schwachen in unserer Gesellschaft, die Menschen die wirklich Hilfe benötigen, unterstützen – das ist ein christliches Grundprinzip. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft. Das bedeutet, dass wir marktwirtschaftliche Prinzipien und sozialen Ausgleich zu einem System verbinden wollen, in dem möglichst wenige Menschen auf soziale Transferleistungen angewiesen sind. Mit einer zukunfts- und investitionsorientierten Haushaltspolitik und mit exzellenter Bildung für alle wollen wir die Schwachen integrieren und damit den Großteil der sozialen Ausgaben überflüssig machen.

Ansgar Heveling, Mitglied des Bundestages (MdB), CDU Kandidat Krefeld, Wahlkreis KR I

1- 4

Die Corona-Pandemie hat es notwendig gemacht, erhebliche finanzielle Ressourcen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu mobilisieren, sei es über die Kurzarbeitsregelungen, sei es durch die verschiedenen Unterstützungspakete für die unterschiedlichsten Wirtschaftsbereiche. Dank einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik in den letzten Jahren unter Einhaltung der so genannten Schuldenbremse im Grundgesetz **sehen ja einen** eigenen Mechanismus für Krisensituationen vor, von dem wir im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie auch Gebrauch gemacht haben. Die Entscheidung, zur Abwendung der wirtschaftlichen Folgen der Krise eine höhere Staatsverschuldung temporär in Kauf zu nehmen, **halt** ich auch für richtig. Wir befinden uns in einer krisenhaften Ausnahmesituation. Ausnahmesituationen bedeutet aber auch, dass es einen klaren Kurs geben muss, die Vorgaben der Schuldenbremse in der Verfassung wieder einzuhalten. Auch in der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise hat unser Land erhebliche finanzielle Ressourcen mobilisiert, beispielsweise ebenfalls für das Instrument der Kurzarbeit. Seinerzeit ist es gelungen, die entsprechenden Haushaltsbelastungen schnell zurückzuführen und dank einer tragfähigen Haushaltspolitik die Neuverschuldung rasch wieder auf null zu bringen. Das muss auch jetzt Leitlinie unserer Politik sein. Die Einführung neuer Substanzsteuern wie einer Vermögenssteuer oder die Erhöhung der Erbschaftssteuer sind dabei nicht der richtige Weg. Beides würde vor allem auch die wirtschaftliche Substanz gefährden und Arbeitsplätze kosten. Wir sind zurecht stolz auf unseren Sozialstaat.

Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass Deutschland auch in Zukunft eines der verlässlichsten und stabilsten Sozialversicherungssysteme der Welt behält. Ein Handlungsschwerpunkt muss dabei sein, für eine nachhaltige, sichere und solide finanzierte Rente zu sorgen.



Britta Pietsch, Die Linke Kandidatin Kreis Viersen

1- 4

Die Schuldenbremse ist volkswirtschaftlich unsinnig und gehört abgeschafft.

Hohe Vermögen und Einkommen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien müssen gerecht besteuert werden. Damit finanzieren wir Investitionen in eine gute öffentliche Versorgung und einen Sozialstaat, der alle Menschen sicher vor Armut schützt. Wir stärken solidarische und ökologische Formen der Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Das ist machbar und wir wissen, wie wir es bezahlen werden.

Die LINKE fordert eine Vermögensteuer mit einem progressiven Tarif und einem Freibetrag für Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (ohne Schulden).

Wer etwa mit einer Eigentumswohnung in der Innenstadt »Papiermillionär« ist, wird nicht belastet. Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei 5 Millionen Euro. Altersvorsorge soll von der Steuer ausgenommen werden. Der Eingangssteuersatz der Vermögensteuer startet bei 1 Prozent und steigt bis zu einem Nettovermögen von 50 Millionen Euro stetig an. Ab 50 Millionen Euro greift der Höchststeuersatz von 5 Prozent. Das ist angemessen, weil große Vermögen besonders hohe Renditen abwerfen. Zudem ist bei sehr großen Vermögen auch eine Umverteilung zulasten von Vermögenssubstanz erforderlich. Die geschätzten Einnahmen liegen dann jährlich bei 58 Milliarden Euro. Für die Bewältigung der Corona-Krise wollen wir eine Vermögensabgabe erheben. Diese soll für Nettovermögen über 2 Millionen Euro (für Betriebsvermögen sind 5 Millionen Euro Freibetrag) erhoben werden. Die Vermögensabgabe ist progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über zwanzig Jahre in Raten gezahlt werden. Die jährliche Belastung des Nettovermögens beträgt somit zwischen 0,1 und 1,5 Prozent. Die geschätzten Einnahmen liegen bei 310 Milliarden Euro über zwanzig Jahre. Erbschaftsteuer: Gerade die Superreichen können ihr Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Wir werden dafür sorgen, dass die Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Zu dem Zweck sollen die heute existierenden Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen entfallen. Wir werden die Erbschaftsteuer auf hohe

Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt. Mehreinnahmen im Jahr: 8 bis 10 Milliarden Euro.

Die Körperschaftsteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Wir wollen europaweite und globale Mindestsätze für Unternehmenssteuern. Wenn Gewinne in Niedrigsteuergelände verschoben werden, sollen sie in den einzelnen Ländern, in denen ein Konzern aktiv ist, nachversteuert werden. Megakonzerne wie Amazon wurden in der Corona-Krise noch mächtiger, zahlen aber kaum Unternehmensteuer. Wir brauchen deshalb eine Steuerreform, die solche Konzerne stärker am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten und der Umsätze besteuert. Zudem müssen außerordentliche Gewinne von Unternehmen wie Amazon, die wegen der Corona-Krise erzielt wurden, mit einer Übergewinnsteuer (Excess Profit Tax) abgeschöpft werden, um die Marktmacht der Krisengewinner zu begrenzen. Steuerhinterziehung wollen wir wirksamer bekämpfen und somit Steueroasen – auch »made in Germany« – austrocknen. Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen und das Personal im Steuervollzug bedarfsgerecht aufstocken. Es ist realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich etwa 15 Milliarden Euro mehr einzunehmen.

Finanztransaktionssteuer: Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die eingenommenen Gelder sollen einerseits für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz und andererseits für den sozialökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft genutzt werden. Im Gegenzug gilt die Faustregel: Wer weniger als 7.100 Euro im Monat brutto hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern.



Dr. Martin Plum, CDU Kandidat Kreis Viersen

1

Die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie sind besorgniserregend und immens. Die Neuverschuldung des Bundes wird in den Jahren 2020 bis 2022 voraussichtlich rund 470 Milliarden Euro betragen. Die öffentlichen Schulden haben im ersten Quartal dieses Jahres einen neuen und traurigen Höchststand von über 2,2 Billionen Euro erreicht. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 26.500,00 Euro. Dass es so nicht weitergehen kann, liegt für mich auf der Hand. Durch immer neue und noch größere Schulden leben wir auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Das ist weder generationengerecht noch nachhaltig noch verantwortungsvoll. Wir müssen daher so schnell wie möglich die grundgesetzliche Schuldenbremse wieder einhalten und zu ausgeglichenen Haushalten ohne neue Schulden zurückkehren.

2

Substanzsteuern wie eine Vermögensteuer sind eine Wohlstandsbremse. Sie treffen und schaden letztlich uns allen. Durch die zusätzliche Belastung von Betriebsvermögen gefährden sie die wirtschaftliche Substanz Deutschlands und kosten Arbeitsplätze. Durch die zusätzliche Belastung von Wohneigentum machen sie das Wohnen für Eigentümer wie Mieter noch teurer.

3

Wer sich anstrengt und wer hart arbeitet, muss dafür auch belohnt werden. Das ist praktizierte Leistungsgerechtigkeit. Menschen, die jeden Tag viel leisten, müssen daher entlastet werden, damit sie mehr Netto vom Brutto haben. Der Solidaritätszuschlag muss endlich für alle schrittweise abgeschafft werden. Kleine und mittlere Einkommen müssen bei der Einkommensteuer entlastet und die sog. kalte Progression ausgeglichen werden. Familien müssen durch einen Grundfreibetrag für Kinder gezielt finanziell gestärkt werden. Steuererhöhungen sind nach der Corona-Pandemie dagegen eindeutig der falsche Weg. Sie hindern den wirtschaftlichen Aufschwung, den wir jetzt dringend brauchen.

4

Deutschland muss auch in Zukunft eines der stabilsten und verlässlichsten Sozialversicherungssysteme der Welt haben. Das ist angesichts der demographischen Entwicklung und begrenzter finanzieller Spielräume keine Selbstverständlichkeit, sondern eine große Herausforderung. Dringender Handlungsbedarf besteht vor allem bei der Rente. Die gesetzliche Rentenversicherung muss endlich generationengerecht, nachhaltig und zukunftssicher finanziert werden. Die private, staatlich geförderte Altersvorsorge muss umfassend neugestaltet und die betriebliche Altersvorsorge weiter gestärkt werden.



Kerstin Radomski, Mitglied des Bundestages (MdB), CDU Kandidatin Krefeld, Wahlkreis KR II

1

Der Bund hat die Schuldenbremse bis 2020 eingehalten. Sie musste dann ausgesetzt werden, weil die enorme Lücke, die pandemiebedingt zwischen gesunkenen Steuereinnahmen und erhöhten Ausgaben entstanden ist, anders als durch noch mehr Neuverschuldung nicht zu schließen war. Für die Jahre ab 2023 muss dies aber wieder anders sein, denn die Schuldenbremse hat Verfassungsrang. Als Union stehen wir einer längerfristigen Abweichung von der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse kritisch gegenüber.

2

Wir wollen weitere Steuerschlupflöcher schließen, Steuerhinterziehung sowie schädliche Formen des Steuerwettbewerbs wirksam unterbinden und aggressive Steuergestaltungen bekämpfen. Alle müssen angemessen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen. Niemand darf sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft entziehen und sich ärmer rechnen als er ist.

3

Die CDU will Menschen entlasten, die jeden Tag Leistung erbringen und hart arbeiten. Sie sollen mehr Netto vom Brutto haben. Daher wollen wir den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommenssteuer entlasten. Wir möchten zudem die Wirkungen der sogenannten kalten Progression ausgleichen, indem wir den Einkommensteuertarif regelmäßig an die allgemeine Preisentwicklung anpassen. Zudem ist Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am eigenen Unternehmen ein christlich-soziales Anliegen: Unser Ziel ist es daher, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung weiter zu verbessern.

4

Wir brauchen einen starken Sozialstaat. Die CDU will das SGB-II Leistungsrecht so vereinfachen, dass sich damit der Verwaltungsaufwand und die Zahl der Gerichtsverfahren deutlich reduzieren. Die dadurch gewonnenen Personal-Ressourcen wollen wir für eine stärkere Betreuung der Leistungsempfänger zur Verfügung stellen. Die CDU plant zudem eine Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für Menschen in der Grundsicherung.



Eric Scheuerle, FDP Kandidat Kreis Viersen

1

Auf die Corona-Krise konnte nur deshalb so entschlossen reagiert werden, weil die deutsche Staatsverschuldung in den Jahren davor auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesunken war. Um auf zukünftige Krisen vorbereitet zu sein, müssen die Corona-Schulden so schnell wie möglich abgebaut werden. Nur so bleibt Deutschland handlungsfähig. Und nur so hinterlassen wir unseren Kindern solide Finanzen. Dabei stehen wir für eine solide und investitionsorientierte Haushaltspolitik und zur im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Denn jede Generation hat ihre Herausforderungen und muss über die finanzpolitischen Spielräume verfügen, um diesen gerecht werden zu können.

2

Eine Vermögensteuer ist ineffektiv. Weder ist klar, wie sie erhoben werden soll, noch gibt es Vorstellungen darüber, wie der bürokratische Aufwand einer Vermögensteuer gestemmt werden sollte. Zudem liegt das Vermögen in den aller meisten Fällen nicht auf der Band, sondern steckt in Unternehmen oder in Zukunftsinvestitionen. Unternehmen sollten nicht durch Erbgänge oder eine Substanzbesteuerung gefährdet werden. Denn dies gefährdet unmittelbar viele wichtige Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

3

Wir fordern eine Entlastung quer über alle Einkommensgruppen. Denn: Es gibt niemanden in Deutschland, der zu wenig Steuern und Abgaben zahlt, sondern ganz viele, die deutlich zu viel zahlen. Wir wollen: die Steuer- und Abgabenquote senken, damit auch kleine und mittlere Einkommen eine deutliche Entlastung spüren, den Mittelstandsbauch abflachen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, eine Verschiebung des Einkommensteuertarifs, damit für mittlere Einkommen nicht schon der Spitzensteuersatz greift. Damit sorgen wir für Entlastungen und mehr Steuergerechtigkeit für die arbeitende Mitte. Und wir wollen eine regelmäßige Anpassung des Steuertarifs an die Inflation, um die heimlichen Steuererhöhungen des Staates durch die kalte Progression zu beenden.

4

Jede und jeder Einzelne soll die Chance haben, beruflich und privat aufzusteigen. Der moderne Sozialstaat muss ein Sprungbrett sein. Er muss ermutigen, Potentiale freisetzen und Anstrengung auch wirklich belohnen. Ziel muss es sein, dass Menschen möglichst schnell berufliche Fortschritte machen können. Wir Freie Demokraten wollen Chancen durch Freiräume eröffnen – für ein selbstbestimmtes Leben. Wir wollen steuerfinanzierte Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld II, die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen, auch im Sinne einer negativen Einkommensteuer. Selbst verdientes Einkommen soll geringer als heute angerechnet werden. So möchten wir das Steuer- und Sozialsystem verbinden. Die Grundsicherung muss unbürokratischer, würdewahrender, leistungsgerechter, digitaler und vor allem chancenorientierter werden.



Udo Schiefner, Mitglied des Bundestages (MdB), SPD Kandidat Kreis Viersen

1

Es gibt Situationen, da ist es notwendig, die Staatsverschuldung zu erhöhen. Dazu gehört die Corona-Krise. In normalen Zeiten, wo Einnahmen in die Staatskasse fließen, müssen wir uns nicht stärker verschulden. Denn bei jeder Erhöhung sollte man sich im Klaren sein, dass zukünftige Generationen die Kosten dafür tragen. Aber wenn man die Staatsverschuldung jetzt nicht erhöht, hat das noch gravierendere Folgen für die nächsten Generationen.

2

Wer sehr viel hat, muss einen größeren Beitrag für unser Gemeinwesen leisten. Vermögen konzentriert sich in Deutschland in wenigen Händen. Wir wollen die Vermögensteuer wieder in Kraft setzen und die Erbschaftssteuer reformieren. Außerdem werden wir Betriebsvermögen und Familienstiftungen besteuern und die steuerliche Abzugsfähigkeit von Managergehältern begrenzen.

3

Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Wir werden kleine und mittlere Einkommen besserstellen und die Steuern für sie senken. Im Gegenzug werden die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen. Hier halten wir einen Aufschlag der Einkommensteuer um drei Prozentpunkte für angemessen.

4

Dringenden Handlungsbedarf sehen wir in der extrem ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen. Wir wollen Wohlstand für alle, nicht Reichtum für wenige. Wir wollen eine Gesellschaft, die inklusiv und solidarisch ist und allen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Ein starker Sozialstaat ist die Grundlage, deshalb werden wir ihn weiter ausbauen. Die Grundsicherung werden wir grundlegend überarbeiten und zu einem Bürgergeld entwickeln. Wir werden den Zugang zum Arbeitslosengeld erleichtern und die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds verlängern. Wir werden insbesondere neue Beschäftigungsformen und unterbrochene Erwerbsbiographien unterstützen.



Julia Suermondt, Die Linke Kandidatin Krefeld

1-4

Angesichts leerer öffentlicher Kassen nach Corona wird der Spardruck zunehmen. Bei Renten und anderen sozialen Leistungen drohen weitere Kürzungen, über die vor der Wahl kaum jemand spricht. Die Kosten der Krise dürfen aber auf gar keinen Fall auf die kleinen Leute abgewälzt werden! Das Vermögen der Milliardäre ist in der Krise um immerhin fast 100 Milliarden Euro angewachsen und ist dank Staatshilfen vielfach gut durch die Krise gekommen, sodass sie auch in diesem Jahr wieder Milliarden an ihre Aktionäre ausschütten konnten. Trotzdem wollen CDU und CSU Spitzenverdiener und Konzerne entlasten. Wir sagen *So nicht!!!* Für die Bewältigung der Corona-Krise wollen wir eine Vermögensabgabe erheben. Diese soll für Nettovermögen über 2 Millionen Euro (für Betriebsvermögen ist der Freibetrag 5 Millionen Euro) erhoben werden. Die Vermögensabgabe ist progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über zwanzig Jahre in Raten gezahlt werden. Außerdem wollen wir dringend die Vermögenssteuer wieder einführen! Mit einem progressiven Steuertarif von bis zu fünf Prozent (Freibetrag von 1 Million pro Person und 5 Millionen Freibetrag für das Betriebsvermögen). Die geschätzten Einnahmen liegen dann jährlich bei 58 Milliarden Euro, die dann in Bildung, Gesundheit und Wohnen investiert werden können. Auch wollen wir die Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen (Superreiche können zurzeit ihr Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken) Selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt. Damit wollen wir auf der anderen Seite die kleinen und mittleren Einkommen spürbar entlasten, indem wir die Steuerfreibeträge in der Einkommensteuer auf 1200 Euro anheben. Die Schuldenbremse wollen wir abschaffen, weil wir sie, wie viele Experten auch, für volkswirtschaftlich schädlich halten. Wir müssen stattdessen in den Ausbau sozialer Dienstleistungen in öffentlicher Hand, jenseits von Markt und Profit investieren. Die Pandemie hat gezeigt, dass die Sozialleistungen viel zu knapp bemessen sind. Wir wollen dafür sorgen, dass niemand im Monat weniger als 1.200 Euro zur Verfügung hat und mit einer Versicherung gegen Erwerbslosigkeit auch die Soloselbstständigen absichern. Die Zeit von Hartz IV ist abgelaufen, wir kämpfen für eine sanktionsfreie Mindestsicherung!

Gülistan Yüksel, Mitglied des Bundestages (MdB), SPD Kandidatin Mönchengladbach

1

Ohne Frage, die Corona-Krise hat den Staat viel Geld gekostet und wir werden auch noch zukünftig mit den finanziellen Folgen zu kämpfen haben. Die Steuereinnahmen gehen zurück, die Ausgaben der öffentlichen Haushalte steigen. Es wäre allerdings der falsche Weg, nach der Krise nun eine Politik der Austerität zu verfolgen. Damit würden wir den Sozialstaat, der uns gut durch die Krise bringt, hart einschneiden und unsere Zukunft aufs Spiel setzen. Als SPD stehen wir für eine Haushalts- und Finanzpolitik, die die großen Zukunftsinvestitionen finanziert und dadurch zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft, ein klimaneutrales Wachstum ermöglicht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Bei unseren Ideen für die Zukunft Deutschlands wollen wir die verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme nutzen. Dabei ist die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen eine Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Meiner Ansicht nach ist die extrem ungleiche Verteilung von Vermögen sozialpolitisch bedenklich und ökonomisch unvernünftig.

2

In unserem Zukunftsprogramm sprechen wir uns klar für die Vermögenssteuer aus. Sie stärkt die Finanzkraft der Länder, damit sie wichtige Zukunftsaufgaben meistern können. Als Sozialdemokratinnen ist es unser Verständnis, dass diejenigen, die sehr viel Vermögen haben, einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten müssen. Starke Schultern sollten mehr tragen als schwache. Wir wollen deshalb u.a. einen maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen einführen. Gleichzeitig soll es hohe persönliche Freibeträge geben, so dass sich die Steuerbelastung nur auf besonders vermögende Teile der Bevölkerung konzentriert. Daneben wollen wir sicherstellen, dass durch die Vermögenssteuer keine Arbeitsplätze gefährdet werden, indem die Grundlage von Betrieben bei der Vermögenssteuer verschont bleibt.



3

Zu unseren finanzpolitischen Vorhaben zählt u.a. die Reform der Erbschaftssteuer, mit der wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abschaffen wollen. Wir planen, die Finanztransaktionssteuer einzuführen sowie ein Inkrafttreten der globalen Mindeststeuer bis 2023. Denn insbesondere die großen Unternehmen wie Google und Amazon müssen ihren Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Wir brauchen außerdem ein konsequenteres Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug. So wollen wir eine nationale Anzeigepflicht und die Umgehung der Grunderwerbssteuer wie auch den Umsatzsteuerbetrag bei Karussellgeschäften auf europäischer Ebene beenden. Außerdem sehen wir es als notwendig an, Einkommen gerechter zu besteuern, denn aktuell werden insbesondere mittlere Einkommen zu sehr gelastet. Eine Einkommensteuerreform soll kleine und mittlere Einkommen besserstellen, die Kaufkraft stärken und im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranziehen. Für diejenigen, die besonders viel verdienen, halten wir zudem an dem Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommenssteuer fest. Er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten.

4

Die Corona-Krise hat uns vieles gelehrt und einige Schwachstellen aufgezeigt. Was wir definitiv gesehen haben, ist, wie enorm wichtig und wertvoll unser Sozialstaat ist. Einem Einfrieren oder Abbau unseres Sozialstaates trete ich entschieden entgegen. Für mich bedeutet der Sozialstaat ein solidarisches, haltgebendes und gemeinwohlorientiertes Miteinander. Er ist der Garant, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Wir wollen eine Gesellschaft, die allen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Ein moderner und starker Sozialstaat ist dafür die Grundlage, denn er ermöglicht es unserem Land und seinen Menschen, Krisen zu trotzen und jeglichen Wandel zu meistern.



33

Sozial-ökologische Erneuerung

**Die Wirtschaft transformieren –
Wohlstand für alle sichern!**



Ausgangslage

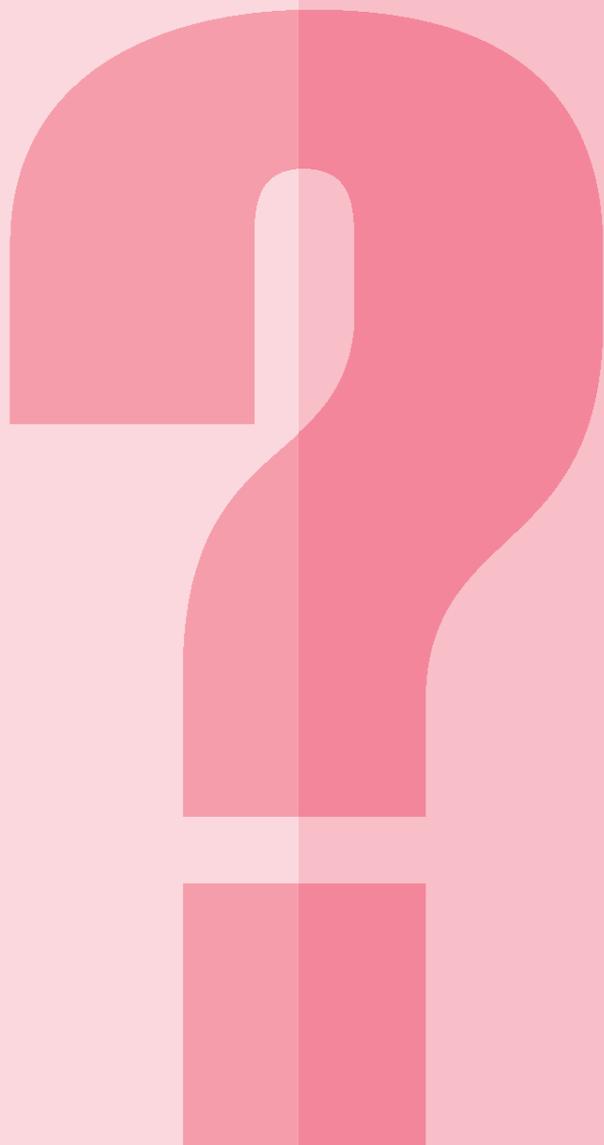
Der Klimawandel ist für alle sichtbar. Hauptverursacher sind die reichen Länder, die u.a. durch ihren übermäßigen Verbrauch fossiler Brennstoffe über ihre Verhältnisse leben. Wir schädigen unsere Lebensgrundlagen und beuten die göttliche Schöpfung in einem unververtretbaren Maß aus. Einer der Hauptursachen ist unser derzeitiges Wirtschaftssystem, das in kurzer Zeit aus hochwertigen Rohstoffen Müll >produziert<. Eine grundlegende Transformation der Wirtschaft, die sich an den Prinzipien von Individualität, Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gleichermaßen ausrichtet, steht noch aus. Trotz lobenswerter Fortschritte hin zu einer sozial-ökologischen Erneuerung sind wir von einer vernetzten nachhaltigen Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität (noch) weit entfernt.

Dafür setzen wir uns ein:

Wir wollen einen politischen Kurswechsel! Wir setzen uns für neue Formen des Wirtschaftens ein, bei denen menschenwürdige Arbeit und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt gestellt werden. Durch eine sozial-ökologische Transformation wollen wir die soziale Marktwirtschaft weiterentwickeln und zukunftsfähig machen. Wir wollen die politischen und gesellschaftlichen Weichen so stellen, dass wir innerhalb unserer planetarischen Grenzen wirtschaften.

Wir wollen eine ganzheitliche Ökologie! Eine >ganzheitliche Ökologie< nimmt das Ganze in den Blick: Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Kultur. Wir setzen uns dafür ein, das Wohlstand an den Maßstäben sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und dem Zustand der Umwelt statt allein am Wirtschaftswachstum gemessen wird. Wir setzen uns für eine >ganzheitliche Politik< ein, die nicht länger vom Diktat der Wirtschaft bestimmt wird.





VIER FRAGEN ZUR SOZIAL-ÖKOLOGISCHE ERNEUERUNG AN DIE KANDIDAT*INNEN:

1

Papst Franziskus hat in seinem Apostolischen Schreiben >Evangelii gaudium< den Satz geprägt:>Diese Wirtschaft tötet< und damit sich gegen eine Wirtschaft gewandt, die u.a. viele Menschen ausschließt und zu einer völligen Ungleichverteilung der Einkommen und Lebensmöglichkeiten führt. Was sagen Sie zu dem Satz?

2

Wir können nicht so weiter wirtschaften wie bisher. Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Politikfelder für eine sozial-ökologische Transformation, die wir in der nächsten Legislaturperiode vorrangig angehen müssten? Für welche werden Sie sich einsetzen?

3

Deutschland will bis zum Jahr 2050 weitgehend >treibhausneutral< werden – so der >Klimaschutzplan 2050<. Die Klimaziele 2020 haben wir nur aufgrund der Corona-Pandemie und dem damit verbundenen Rückgang der Mobilität und Produktion erreicht. Zwar haben wir einen positiven Trend, aber wenn es in diesem Tempo weitergeht, werden wir das für 2050 formulierte Ziel der Treibhausgasneutralität nicht erreichen. Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen politischen Maßnahmen, um das Ziel dennoch zu erreichen?

4

Umfragen belegen, dass eine Mehrheit in Deutschland bereit ist, die notwendige sozialökologische Erneuerung mitzutragen, wenn es dabei eine gerechte Lastenverteilung gibt? Wie könnte diese aussehen?



Jan Dieren, SPD Kandidat Krefeld, Wahlkreis KR II

1

Mit diesem Satz hat Papst Franziskus Recht. Wir arbeiten und produzieren in einer Art und Weise, die häufig blind dafür ist, welche Wirkungen das hervorruft. Unsere Wirtschaft bringt auf der einen Seite unermesslichen Reichtum hervor, auf der anderen Seite stürzt sie Menschen in bittere Armut. Die UN geht davon aus, dass weltweit 235 Millionen Menschen in extremer Armut leben – also völlig ohne Zugang zu Nahrung, Wasser und sanitären Einrichtungen. Das kein bitterer Zufall für diese Menschen, sondern wird beständig neu hervorgebracht. Während des Pandemie-Jahres 2020 sind 70 Millionen Menschen wieder in extreme Armut abgerutscht. Für den Tod von Menschen, die an Hunger und Armut sterben, lässt sich nicht immer ein Schuldiger finden. Aber gemeinsam können wir die Verantwortung dafür übernehmen, eine Wirtschaftsweise zu überwinden, die Menschen jeden Tag aufs Neue in Armut stürzt.

2

Es reicht nicht, die Verantwortung für einen Wandel unserer Wirtschaftsweise den einzelnen Menschen aufzuerlegen. Klimaschutz entscheidet sich in der Produktion, nicht am Supermarktregal. Der entscheidende Dreh- und Angelpunkt ist deshalb unsere Arbeit. In unserer Arbeit können wir uns damit auseinandersetzen, welche Auswirkungen sie hat – auf die Natur, Geschlechterverhältnisse, Armut und Reichtum weltweit. Auch deshalb ist der Ausbau und die Weiterentwicklung von Mitbestimmung eine so entscheidende Frage. Dafür möchte ich mich politisch einsetzen.

3

Die Klimafrage ist eine der großen Fragen der Zeit. Kleine Schritte reichen dafür nicht. Wir brauchen grundlegende Antworten. Aber auch hier in der Region können wir dazu einen Beitrag leisten. Deshalb möchte ich: Den Ausbau **erneuerbarer Energien** – Solar- und Windenergie sowie Wasserstofftechnologien – bei uns in der Region vorantreiben. Beim Wasserstoff sollten wir einen Schwerpunkt auf die dezentrale Herstellung von **Wasserstofflegierungen**, bei Wind- und Solarenergie müssen Kommunen und Bürger*innen stärker finanziell beteiligt werden als bislang. **Bus- und Bahnverbindungen** möchte ich verbessern. Wir brauchen einen öffentlichen Nahverkehr, der am Bedarf der Menschen ausgerichtet ist, damit ihn viele nutzen. Dafür müssen wir auch **Radwege** ausbauen und besser sichern. Nur wenn es gut ausgebaute und gesicherte Radwege auch zwischen den Städten gibt, werden mehr Menschen vom Auto aufs Fahrrad umsteigen. Bei der Vergabe **öffentlicher Aufträge** die ökologischen Auswirkungen stärker in den Blick nehmen. Wer bei der Auftragsvergabe nur auf den Preis achtet, handelt kurzsichtig. Wir müssen langfristige Auswirkungen auf unser Klima stärker in die Rechnung einbeziehen.

4

Die Klimakrise ist vor allem eine soziale Frage. Klimagerechtigkeit heißt deshalb auch, nicht nur bei den einzelnen Menschen anzusetzen, sondern in der Produktion. Denn Änderungen dort haben die stärkste Wirkung auf das Klima. Nur 100 Unternehmen sind weltweit für über 70% der klimaschädlichen Gase verantwortlich. Wollen wir den Klimawandel begrenzen, müssen wir dort ansetzen. Den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Industrie müssen wir gemeinsam mit den Beschäftigten gestalten. Indem wir Mitbestimmung ausbauen und weiterentwickeln, können die Beschäftigten die Auswirkungen ihrer Arbeit auf das Klima selbst bearbeiten. Gemeinsam können wir so ökologisch und sozial gerechte Produktionsbedingungen entwickeln.



Philipp Einfalt, SPD Kandidat Krefeld, Wahlkreis KR I

1

Ich bin optimistisch gestimmt, weil das gesellschaftliche Bewusstsein, dass es ein „Weiter so!“ nicht mehr geben kann, wächst. Denn die Ungleichheit in der Verteilungsfrage – ökologisch und ökonomisch – müssen wir global und in Europa früher beantworten, sonst entgleiten uns die damit verbundenen Herausforderungen völlig. Wir werden anders wirtschaften müssen. Es ist für mich auch kein Zufall, dass der Anstieg antidemokratischer, autokratischer Tendenzen mit der Wahrnehmung zunehmender Ungleichverteilung einhergeht. Demokratie funktioniert nur im relativen, gerecht verteilten Wohlstand. Das heißt für mich, dass der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten auch immer ein Kampf für eine freie, gleichberechtigte demokratische Gesellschaft ist.

2

Ich setze auf Gemeinsamkeit. Nur im ständigen Dialog auf Augenhöhe können wir die kommenden Herausforderungen stemmen. Es ist immer von „der Wirtschaft“ die Rede, als wäre sie kein Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diese Formulierung ist für mich Ausdruck eines Entkopplungsprozesses, der die Frage verhindert, wie wir als Gesellschaft eigentlich zukünftig im Großen und im Kleinen wirtschaften wollen. Ich möchte, dass wir die Antworten auf diese Frage gemeinsam formulieren und dabei gegenseitige Erwartungen definieren.

Dabei müssen wir noch mehr sowohl unsere gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse, als auch das Wohl jedes Einzelnen in den Blick nehmen. Nachhaltigkeit und Klimaschutz müssen zwingend auf der Agenda stehen – denn damit kann man Weichen für den ökologischen Umbau der Wirtschaft stellen. Nachhaltigkeit ist aus meiner Sicht keine Frage des Wollens, sondern eine Verpflichtung, um unsere Zukunft lebenswert, fair und lebensfähig zu gestalten. Grundsätzlich sind sehr viele Unternehmen hier bereits auf dem Weg und oft schon recht weit. Wir müssen die Menschen mitnehmen, neue Beteiligungswege schaffen und gemeinsam die Wege

erkennen, wo und wie wir Bestehendes effizienter nutzen, wo wir Belastungen vermeiden und wo wir Innovationen ermöglichen. Dafür muss in die Forschung, in Startups und in gemeinwohlorientierte Unternehmen investiert werden. Wir brauchen eine Offensive für erneuerbare Energien. Egal ob in der Arbeitswelt, bei der Mobilität oder der Wärme in unseren Häusern und Wohnungen werden wir mehr erneuerbare Energie benötigen als bisher gedacht. Dafür müssen Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen.

3

Es gilt jetzt, diese Ziele in praktische Politik umzusetzen. Je schneller etwa der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erfolgt und je schneller die nötigen Stromleitungen und Verteilnetze gebaut werden, desto eher kann auf fossile Energieträger verzichtet werden. Wenn gezielt in Infrastruktur und Innovationen investiert wird, ist der Klimaschutz ein Jobmotor. Wir benötigen genau jetzt die wegweisenden Entscheidungen bei Aufbau von Speichertechnologien, der Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.

Ebenso zentral wird die Bewältigung der Mobilitätswende sein. Ziel ist eine klimaneutrale Mobilität für alle. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, die aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Wir brauchen einen massiven Ausbau des ÖPNV, sowohl in der Quantität, als auch der Qualität des Angebotes. Der ÖPNV muss modern, pünktlich, zuverlässig und preisgünstig sein. Auch die schnelle Umstellung von Bus und Bahn auf innovative Antriebssysteme gehört dazu. Außerdem muss das Radwegenetz, inklusive der Radschnellwege zwischen den Städten der Region, massiv ausgebaut werden.



4

Starke Schultern und diejenigen, die bislang überproportional von unserer positiven wirtschaftlichen Gesamtentwicklung profitiert haben, werden einen größeren Beitrag leisten müssen. Klar ist, die sozialökologische Erneuerung wird es nicht zum Nulltarif geben. Wir benötigen sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen und müssen Sorge tragen, dass alle bei der Bewältigung des Klimawandels mit anpacken können, alle von den Chancen profitieren und nicht diejenigen das Nachsehen haben, die den geringsten Einfluss auf ihre CO₂-Bilanz haben.

Außerdem brauchen wir eine generelle Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, die mit einer grundsätzlich gerechteren Besteuerung von Einkommen einhergeht. Die sozialdemokratischen Pläne für eine Einkommensteuerreform werden kleine und mittlere Einkommen besserstellen, die Kaufkraft stärken und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranziehen. Gleichzeitig soll die Bemessungsgrenze zur Erhebung der Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung regelmäßig angepasst werden. Solidaritätszuschlag nur noch für Spitzenverdiener*innen, angemessene Vermögens- und Erbschaftssteuer, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie die Durchsetzung einer globalen Mindestbesteuerung, die Steuerbetrug und Umgehung verhindert, sind weitere Instrumente.

Otto Fricke, Mitglied des Bundestages (MdB), FDP Kandidat Krefeld, Wahlkreis KR I

1

Die Soziale Marktwirtschaft ist seit Gründung der Bundesrepublik Voraussetzung und Motor für Fortschritt und Wohlstand in unserer Gesellschaft. Sie zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie Ungerechtigkeiten abfedert und Menschen, die Schicksalsschläge erleben mussten, verlässlich hilft. Diese Art und Weise zu wirtschaften, fußt also durchaus auf christlichen Grundsätzen. Eine als ungerecht empfundene Verteilung von Wohlstand steht jedoch meist am Ende einer langen Kette von Lebensereignissen. Um mehr Menschen höhere Chancen auf ein Leben in Wohlstand zu ermöglichen, setzten wir Liberalen ganz vorne an: Bei der Bildung. Unser Ziel ist es und bleibt es allen Menschen bestmögliche Bildungschancen zu bieten, damit sie im Anschluss an eine hervorragende Ausbildung erfolgreich ins Leben starten können. Das ist der erfolgsversprechendste Weg, um mehr Menschen mehr Wohlstand zu ermöglichen.

2

Der Klima- und Energiepolitik kommt bei der Bewältigung der ökologischen Herausforderungen unserer Zeit eine große Rolle zu. Hier darf nicht der Fehler gemacht werden, durch mehr Regulierung, mehr Bürokratie und mehr Staat alle Probleme lösen zu wollen. Am effektivsten und gerechtesten lässt sich der Klimawandel mithilfe von Innovation und Wettbewerb bekämpfen. Um beides anzureizen, schlägt die FDP einen CO₂-Deckel vor, der die maximale CO₂-Ausstoßmenge so begrenzt, dass wir unsere Klimaziele sicher erreichen. CO₂ darf in diesem beschränkten Umfang dann nur noch ausstoßen, wer vorher ein Zertifikat dafür erworben hat. Der CO₂-Ausstoß teuer und setzt so Anreize, möglichst viel CO₂-Ausstoß zu vermeiden. Nur so können wir die Umwelt und die Natur, unsere Lebensgrundlagen als Menschen, nachhaltig schützen.



3

Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Pariser Klimaabkommen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir die Ausweitung des Europäischen Emissions-Zertifikate-Handels auf allen Sektoren und geographisch. Wir wollen einen kontinuierlich sinkenden CO₂-Deckel, statt eines staatlich festgesetzten CO₂-Preises. Das fördert Innovationen und Investitionen in Richtung Klimaneutralität erwiesenermaßen effektiver, schneller und günstiger als alle anderen Modelle. Als weltweiter Vorreiter müssen wir beim Thema Klimaschutz gesamteuropäisch Lösungen entwickeln und die globale Zusammenarbeit langfristig stärken. Außerdem sind wir überzeugt: Klimaschutz geht nur, wenn wir unabhängig von Legislaturperioden in einem Klimakonsens mit allen Parteien des demokratischen Zentrums zusammenkommen.

4

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine der größten Herausforderungen für uns Menschen. Nur als Gemeinschaft können wir diese erfolgreich bewältigen. Wir wollen Klimawandel sozial verträglich und gerecht gestalten. Deshalb fordern wir eine Klimadividende – die Rückerstattung der Einnahmen durch die CO₂-Bepreisung im Zertifikate-Handel an alle Bürgerinnen. Zum Beispiel durch Abschaffung der EEG-Umlage und die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß. Allerdings muss man auch klar sagen: Klimaschutz wird Geld kosten.

Rene Heesen, Bündnis 90/Die Grünen Kandidat im Kreis Viersen

1

Wir brauchen eine sozial-ökologische Transformation unseres wirtschaftlichen Handelns, denn nur der Schutz unserer Lebensgrundlagen sichert langfristigen Wohlstand. Dieser Wohlstand muss allen Menschen zugutekommen, nicht einigen wenigen. Die Schere zwischen arm und reich darf sich nicht noch weiter öffnen.

2

Im Kampf gegen die Klimakrise und beim sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft spielt das Finanzsystem eine bedeutende Rolle. Noch immer werden Milliarden in fossile Energien und Geschäftsmodelle, die auf der Zerstörung der Ökosysteme und der Verletzung der Menschenrechte aufbauen – und damit gegen unsere Zukunft –, investiert. Wir werden durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus diesen Investitionen zurückzieht, wenn weiterhin keine verlässlichen Schritte für eine nachhaltige Transformation der dahinterstehenden Unternehmen eingeleitet werden. Öffentlich-rechtliche Banken, Versicherer und Pensionsfonds sowie der Bund als Investor und Miteigentümer von Unternehmen müssen eine Vorreiterrolle bei der grünen Finanzwende und der Transformationsfinanzierung einnehmen.

3

Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile Infrastruktur nicht einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden darf. Wir leiten daher den Einstieg in den Ausstieg aus den Fossilen ein: Die Planung unserer Infrastruktur für Strom, Wärme und Wasserstoff braucht ein Update und muss Klimaneutralität in den Mittelpunkt stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen, darf es deshalb überhaupt nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits „Wasserstoff ready“ geplant und



gebaut werden. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet erteilt werden und den Wechsel von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Denn auch Erdgas ist ein klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen.

4

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis direkt an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede Bürgerin und jeder Bürger erhält. Über das Energiegeld geben wir alle zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt, indem sie eine Rückerstattung pro Kopf bekommen. So wird klimafreundliches Verhalten belohnt und es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so Geringverdienende und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohem Einkommen belastet. Bezieher von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden soll.

Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieterinnenschutz und gezielter Förderung einhergehen. Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen fair zwischen Vermietern, Staat und Mietern verteilen, sodass sie für alle bezahlbar und für die Vermieter angemessen wirtschaftlich werden.

Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft sind zudem die beste Chance, bestehende  erhalten und neue zu schaffen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende neue Jobs entstehen – Green Jobs. Sie entstehen im Handwerk und in der Bauwirtschaft, in neuen Industriebereichen und der Kreislaufwirtschaft, in der Batteriezellenproduktion und der Wasserstoffindustrie sowie in neuen Dienstleistungsfeldern.

Kathrin Henneberger, Bündnis 90/Die Grünen Kandidatin Mönchengladbach

1

Dieser Satz spricht die Wahrheit. Unsere globale Wirtschaft ist danach ausgerichtet Mensch und Natur für kurzfristige Profite auszubeuten. Das beginnt bei dem Abbau von Ressourcen und endet bei den Auswirkungen der Klimakrise.

2

Wir müssen das Zeitalter der fossilen Energien beenden. Sehr konkret setze ich mich ein für ein Ende der Braunkohletagebau und Kraftwerke vor der Haustüre Mönchengladbachs. Daneben ist es mir ein Anliegen in allen Sektoren die Emissionen zu senken. Im Bereich Verkehr müssen wir Beispielsweise sehr dringend ran. Immer noch sollen Autobahnen neu gebaut oder erweitert werden und wertvolle Ökosysteme, wie den Sterkrader Wald in Oberhausen, sollen dafür zerstört werden. Der nächste Bundesverkehrswegeplan muss deshalb all diese Projekte auf Natur- und Klimaverträglichkeit prüfen. Auch dies wird auf meiner to do Liste stehen.

3

Zuallererst: 2050 ist zu spät. Wenn wir das Übereinkommen von Paris und die dort als Weltgemeinschaft vereinbarte 1,5 Grad Grenze ernst nehmen, bleiben uns nur noch um die 15 bis 20 Jahre. Wichtiger, als die Frage wann genau wir auf null sind, ist auch die Frage wie stark wir in diesem und im nächsten Jahr Emissionen reduzieren. Hintergrund sind die Kippunkte unseres Klimasystems, wie auftauende Permafrostböden oder das Schmelzen des Grönländischen Eisschildes. Überschreiten wir sie, werden wir unabhängig unserer Bemühungen auf eine Welt 4 bis 6 Grad heißer zu rasen. Um dies zu vermeiden, müssen wir jetzt handeln. Neben 100% Erneuerbaren Energien brauchen wir auch ein Umdenken in der Erzeugung der Lebensmittel: Massentierhaltung Beispielsweise gehört abgeschafft. In der Verkehrspolitik müssen wir unser Bahnsystem verbessern, weiter ausbauen sowie die Tickets erschwinglich machen für alle.



4



Klimakrise treffen als erstes Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben und sich gleichzeitig am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können. In unserer Region, wie wir bei den Hochwasserüberflutungen erleben mussten, sowie global in den letzten Jahrzehnten beobachten konnten. Seien wir ehrlich: Solange die Klimakrise nicht weiße Menschen fern Mitteleuropas traf, war es den regierenden Politikern nicht wichtig genug, nicht dringend genug für ein Eingreifen. Stattdessen wurde sich für den Beschluss des Klimaübereinkommens von Paris auf die Schulter geklopft, als ob der Beschluss allein ausreichte, um die Klimakrise aufzuhalten. Eine ehrliche Klimapolitik werden wir erst beginnen können, wenn wir mit der globalen Ungerechtigkeit, mit Kolonialismus und Ausbeutung brechen und Maßnahmen ergreifen, die Menschen in allen Regionen dieser Erde in Würde und ohne Klimakrise leben lassen. In Deutschland heißt dies konkret, dass wir neben der Reduzierung der Emissionen unser Sozialsystem verbessern müssen. Hartz 4 gehört abgeschafft und dafür brauchen wir eine solide Existenzsicherung sowie eine Kindergrundsicherung. Den Wohlstand, den die Ökosysteme uns geben können, müssen wir endlich fair und solidarisch verteilen.

Dr. Günter Krings, Mitglied des Bundestages (MdB), CDU Kandidat Mönchengladbach

1- 4

Der Aussage des Papstes, dass Wirtschaft aus der Perspektive der Würde des Menschen betrachtet werden müsse und gerechter gestaltet werden könne, stimme ich zu. Gleichzeitig verpflichtet uns unser christliches Menschenbild auch zur Bewahrung der Schöpfung und zum verantwortlichen Handeln gegenüber der Umwelt. Ich bin der Auffassung, dass wir nachhaltiges Wachstum, Klimaschutz und soziale Sicherheit besser miteinander verbinden können. Dies sind zugleich auch die zentralen Politikfelder für die sozial-ökologische Transformation, die in der nächsten Legislaturperiode angegangen werden müssen. Die CDU wird die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 umsetzen. Wir setzen auf neue Technologien und Innovationen und wollen hierbei sowohl Unternehmen als auch Verbraucherinnen und Verbraucher unterstützen. Zudem werden wir Forschung und Pilotprojekte fördern, um Emissionen in bestimmten Bereichen weiter senken zu können. Gleichzeitig darf der Klimaschutz nicht an nationalen Grenzen haltmachen, weshalb wir internationale Klimakooperationen anstreben. Als großes Industrieland wird Deutschland vorangehen und weiter Verantwortung übernehmen.

Bei der Umsetzung dieser Vorhaben werden wir uns für eine gerechte Lastenverteilung einsetzen. Voraussetzungen hierfür sind faire und leistungsgerechte Steuern sowie die Möglichkeit zur Teilhabe für alle Menschen in unserem Land. Wir werden zudem ein Entfesselungspaket für die Wirtschaft auf den Weg bringen, welches Unternehmen von Bürokratie entlastet und neue Belastungen verhindert. Durch ein nachhaltiges Wachstum können nicht nur Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden, sondern auch die Kosten sozial-ökologischer Erneuerungen finanziert werden. Große Leitlinien sind somit die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft und die Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft.



Britta Pietsch, Die Linke Kandidatin-Kreis Viersen

1- 4

Für den notwendigen Umbau der Wirtschaft sind Regeln und Konzepte notwendig – Anreize, Subventionen und Steuererleichterungen reichen nicht aus. Nur mit massiven öffentlichen Investitionen können wir den Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Infrastruktur in anderthalb Jahrzehnten schaffen. LINKE Wirtschaftspolitik setzt auf sichere Arbeitsverhältnisse, auf eine gute Versorgung aller und auf demokratische Entscheidung über Investitionen, die eine gemeinwohlorientierte, bedarfsgerechte und klimaneutrale Wirtschaft auf den Weg bringen sollen.

Wir wollen Investitionen so gestalten, dass die verwendeten Steuergelder allen zugutekommen. Die Investitionen müssen die Lebensqualität der Menschen spürbar verbessern. Es fehlen 100.000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern und bezahlbarer Wohnraum für alle. Wir werden jährlich über 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen die alle leisten, können diese Ausgaben mindestens zur Hälfte refinanziert werden. Durch mehr öffentliche Investitionen auf kommunaler, Bundes- und Länderebene und durch eine gerechte Verteilung der Arbeit können über eine Million neuer Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (mit 30 Stunden pro Woche) geschaffen werden.

Lebensmittel werden oft Hunderte oder Tausende Kilometer transportiert, bevor sie auf den Tisch kommen. In der Lebensmittelkette dominieren große Konzerne, die ihre Gewinne auf Kosten von Menschen und Umwelt machen. Kleine und ökologische Betriebe haben es schwer. Die Agrarwirtschaft wird europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Dies trägt zur Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des Globalen Südens, aber auch hier vor Ort bei. Wir wollen eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft fördern mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung.

Mit dem sozialökologischen Investitions- und Zukunftsprogramm investieren wir in: Pflege und Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau, Energiewende, ÖPNV.

Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze: Von unserem Industrietransformationsfonds profitieren Betriebe, die den sozialökologischen Umbau vorantreiben und gleichzeitig Arbeitsplätze zu guten Bedingungen sichern. Am preiswertesten und umweltfreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die nicht bereitgestellt werden muss. Es braucht Standards, die den maximalen Energieverbrauch von Produkten, Produktionsweisen und Gebäuden vorgeben. Es dürfen nur langlebige, reparaturfreundliche, material- und energiesparende Produkte hergestellt werden. Ein Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial begleiten. Der Altbaubestand muss bis 2035 nahezu vollständig energetisch saniert werden. Dafür wollen wir sozial gerechte Förderprogramme ausbauen. Alles in allem, wollen wir die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen, die ökologische Transformation von Industrie und Struktur vorantreiben und sozial gestalten. Eine Wirtschaft, die auf Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt basiert, lehnen wir ab.



Ulle Schauws, Mitglied des Bundestages (MdB), Bündnis 90/Die Grünen Kandidatin Krefeld, Wahlkreis KR II

1- 4

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“. Dieser Spruch gilt - stärker denn je. Und in diesem Sinne gilt es, die sozial-ökologische Transformation zu gestalten. Denn gesundes Wirtschaften geht nur auf einem gesunden Planeten. Deswegen müssen wir alles dafür tun, unsere Schöpfung und ihre Ressourcen zu bewahren. Die Hochwasser-Katastrophe führt uns allen schmerzhaft vor Augen, wie dringend eine entschlossene und konsequente Klimaschutzpolitik, die jetzt greifen muss, ist. Klar ist, dass zukunftsfestes Wirtschaften auf Klimaneutralität und soziales Miteinander ausgerichtet sein muss.

Wenn wir jetzt die Wende hin zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft schaffen, können wir den Wohlstand mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnen. Mit einer Offensive für private und öffentliche Investitionen wollen wir Grüne wirksame klimagerechte Maßnahmen stärken. Viele Unternehmen haben sich schon auf den Weg gemacht und zeigen, dass es geht. Diesen Wandel wollen wir sozial gestalten. Die Zeit dafür, Verantwortung zu übernehmen, ist jetzt.

Udo Schiefner, Mitglied des Bundestages (/MdB), SPD Kandidat Kreis Viersen

1

Papst Franziskus hat mit dieser Aussage Recht. Die Realität ist, viele Menschen sind bereits ausgeschlossen. Wir haben in vielen Teilen der Welt eine riesige Ungleichheit der Einkommen und Lebensmöglichkeiten. Ich bin der Auffassung, entweder kommt es schnell zu global geltenden sozialen und ökologischen Reformen oder die Schere zwischen Arm und Reich wird sich immer weiter vergrößern. Selbst die, die heute noch teilhaben können, werden ihre Anteile vielleicht verlieren. Vor allem der Zugang zu Wasser, Essen und Medizin muss weltweit zu einer Selbstverständlichkeit werden. Darum müssen wir jetzt handeln.

2

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eindeutig eine der wichtigsten Aufgaben kommender Jahre. Wenn uns das nicht gelingt, ist unsere Erde für kommende Generationen tot. Ob mit Blick auf die Lebensbedingungen der Menschen, das Artensterben oder den Ressourcenverbrauch, wir müssen unser Leben in jeder Hinsicht ändern. Der Beitrag dazu muss auf allen Ebenen geleistet werden: in Städten und Gemeinden, von Land und Bund. Dazu sind Fördermittel notwendig und vor allem eine gerechte Verteilung der Kosten. Diejenigen, die mehr haben, werden mehr leisten müssen als die, die ihren Beitrag leisten wollen, aber es aufgrund ihres Portemonnaies nicht können. Denn konsequenter Klimaschutz muss Menschen mitnehmen, sonst ist das Projekt zum Scheitern verurteilt. Das ist uns Sozialdemokraten wichtig und unterscheidet unser Wahlprogramm von denen, die sich nur an der Wirtschaft oder ideologischen Punkten orientieren.



3

Ohne sozial-ökologische Transformation werden wir die Ziele nicht erreichen. Dazu gehören auch erhebliche Mittel des Bundes, die in den nächsten Jahren bereitgestellt werden müssen. Zum Beispiel zur Finanzierung erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz. Unser Ziel ist: bis spätestens 2045 ist Deutschland klimaneutral. Dazu gehört, dass bis 2040 der Strom nur noch aus erneuerbaren Energien kommt. Deshalb müssen wir die erneuerbaren Energien schnell ausbauen und die Energieeffizienz steigern. Wir müssen die Stromnetze digitalisieren und Speichertechnologien verbessern. Wir brauchen mehr Ladesäulen für Elektroautos und müssen Bahnstrecken elektrifizieren. Dafür erstellen wir ein Mobilitätskonzept der Zukunft für die Städte und den ländlichen Raum. Bis 2030 sollen alle Busse und Bahnen klimaneutral fahren. Wir müssen es auch hinbekommen, dass die Industrie CO₂-neutral produziert. Wohngebäude, Fabriken und Schulen müssen wir energetisch sanieren und jedes geeignete Dach wird eine Solaranlage bekommen. Die Landwirtschaft müssen wir an Klimaschutz und Tierwohl binden. Aber auch das muss für die Menschen bezahlbar sein und - dabei müssen wir sie unterstützen.

4

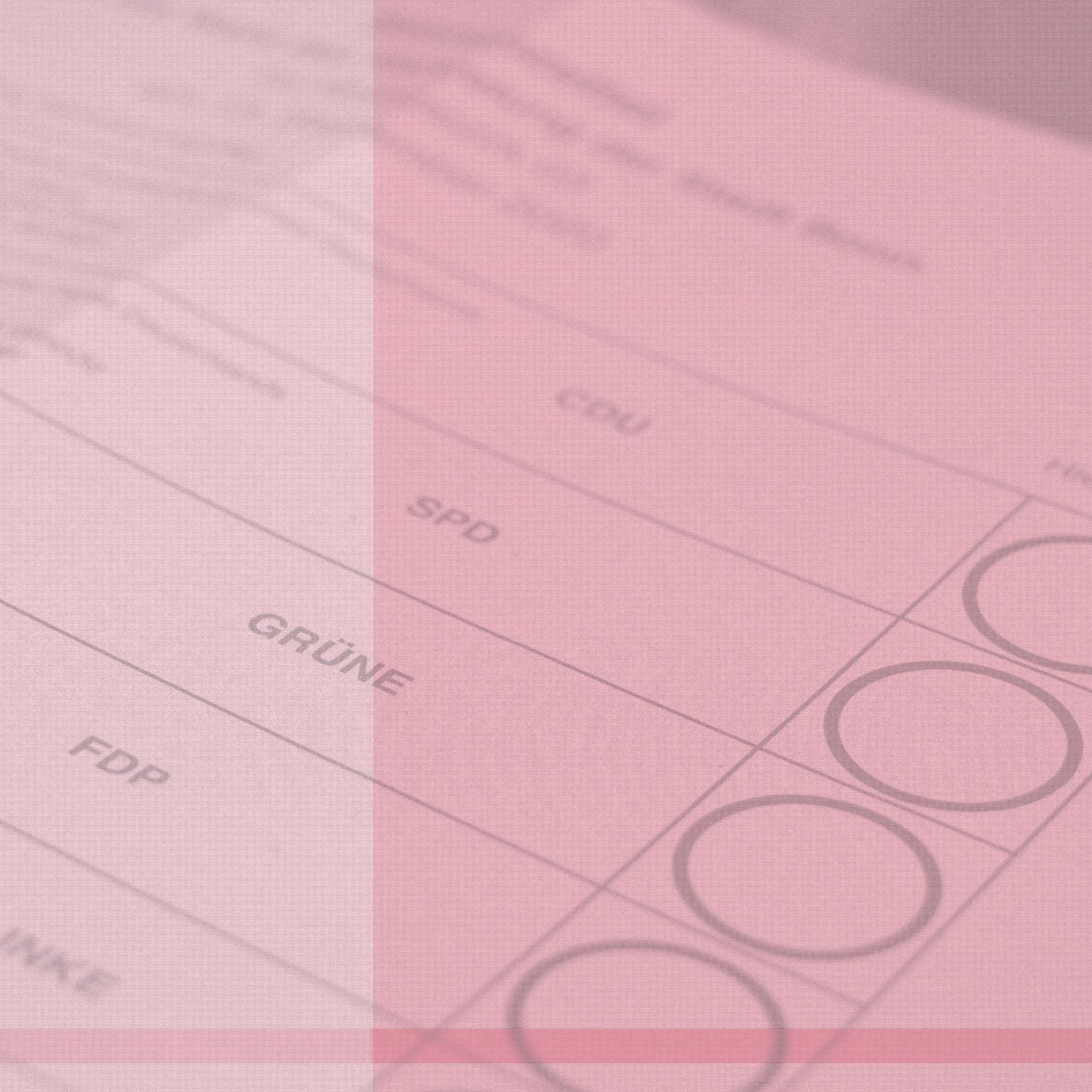
Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzieht. Mit dem Ansteigen des CO₂-Preises werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen.



44

Demokratie wählen

**Demokratie ist keine
Selbstverständlichkeit –
Demokrat*innen wählen!**



CDU

SPD

GRÜNE

FDP

LINKE

Ausgangslage

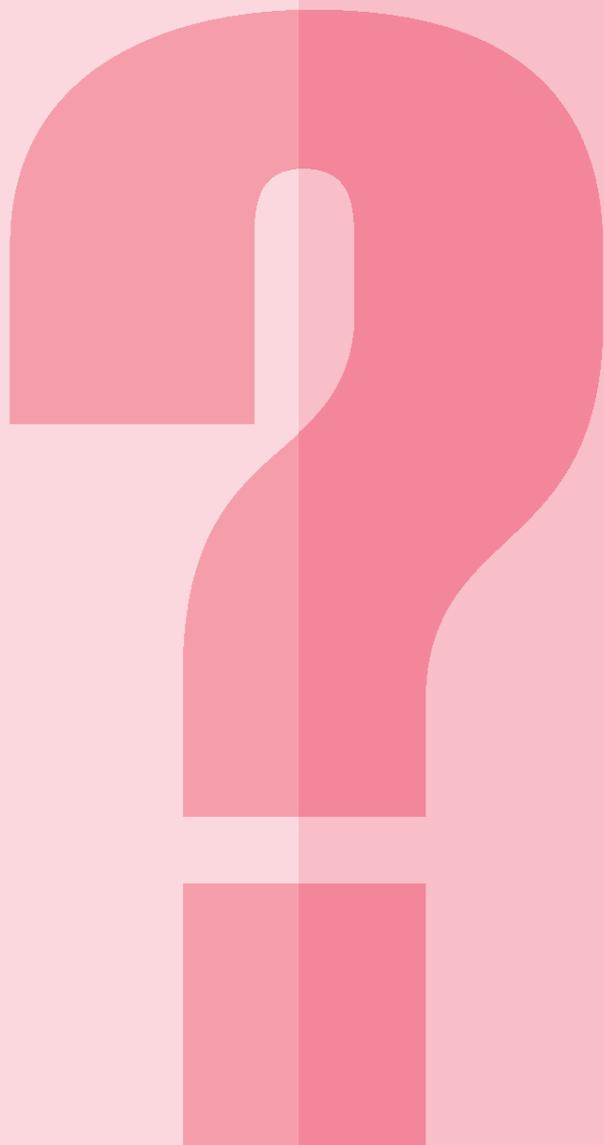
Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss immer wieder neu erkämpft und geschützt werden. Gerade die aufgeheizte Stimmung angesichts der Corona-Pandemie hat dies deutlich gemacht. Demokratische Gepflogenheiten wie die faire politische Auseinandersetzung und das argumentative Ringen um die besten Lösungen sind Wesensmerkmale demokratischer Prozesse und einer abwägenden Meinungsbildung. Ohne das »Gebot der Fairness« und der Achtung vor dem politischen »Mitbewerber« können auch demokratische Wahlen – das Herzstück einer jeden Demokratie – nicht fair ausgetragen werden. Demgegenüber nehmen auch bei uns Hetze und Diffamierung bis hin zu Morddrohungen gegenüber gewählten Abgeordneten zu. Politische Gegner werden als Feinde diffamiert, bekämpft und verhöhnt. Beleidigungen, Verleumdungen, Hetze, Verschwörungstheorien und Unwahrheiten werden über das Internet, Twitter, Facebook und andere Medien verbreitet. Ängste von Menschen werden von Extremisten, Radikalen und rechtspopulistischen Parteien ausgenutzt, um sie für das »eigene Lager« und nicht selten gegen die Demokratie zu mobilisieren.

Dafür setzen wir uns ein:

Wir wollen die Demokratie stärken! Demokratie lebt von unten, vom Engagement aller Bürgerinnen und Bürger, die sich mit fairen und demokratischen Mitteln einmischen. Wir setzen uns in Bündnissen für eine starke Zivilgesellschaft ein, die Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens und Ausdruck demokratischer Willensbildungsprozesse ist. Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit demokratie- und fremdenfeindlichen, rassistischen, intoleranten und die Menschenwürde nicht achtenden Parteien ab. Die Positionen der AFD sind mit den Werten der KAB unvereinbar.

Wir wollen die soziale Demokratie ausbauen! Demokratie lebt davon, dass alle Bereiche der Gesellschaft demokratisch gestaltet werden. Eine »soziale Demokratie« ist dabei ein Gemeinwesen, in dem die repräsentative Demokratie und das Sozialstaatspostulat für das Zusammenleben konstitutiv sind. Ohne einen guten Sozialstaat ist die Demokratie gefährdet. Wir setzen uns deshalb für eine Ausweitung der Selbst- und Mitbestimmungsrechte in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen ein.





VIER FRAGEN ZUR DEMOKRATIE AN DIE KANDIDAT*INNEN:

1

Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Amtswechsel des Präsidenten in den USA, insbesondere die Bilder der Erstürmung des Kapitols, haben uns allen vor Augen geführt, wie anfällig Demokratie sein kann. Wie sehen Sie die derzeitige Lage der Demokratie in Deutschland?

2

Die KAB setzt sich für eine Ausweitung der Demokratie, insbesondere im Bereich der Wirtschaft ein. Stichwort »Wirtschaftsdemokratie«. Welche Schritte und Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um die Demokratie zu stärken?

3

Was sind für Sie die zentralen Kriterien einer fairen politischen Auseinandersetzung, eines fairen Wahlkampfes?

4

Die KAB hält die Positionen der AFD mit christlichen Überzeugungen und den Werten der KAB für unvereinbar. Wie stehen Sie dazu?





Kathrin Henneberger, Bündnis 90/Die Grünen Kandidatin Mönchengladbach

1

Mir macht das Erstarken der AFD große Sorge sowie die neuere Erscheinung der Querdenker. Bei beiden sind Verschwörungstheorien großer Bestandteil, so dass wissenschaftliche Erkenntnisse bei vielen keine Rolle mehr spielen. Wir müssen demokratische Errungenschaften verteidigen und dürfen nicht aufhören für weltoffene und Vielfalt liebende Gesellschaft zu kämpfen. Große Hoffnungen machen mir Bewegungen wie die Seebrücke oder Fridays For Future. Zivilgesellschaftliches Engagement sehe ich als Herz unserer Demokratie.

2

Ein konkretes Beispiel: Der **Energiecharter** Vertrag schützt global die Investitionen der Fossilen Industrie. Sich auf diesen Vertrag berufend verklagt der Kohlekonzern RWE aktuell die Niederlande – weil das Land seinen Kohleausstieg auf 2030 vorgezogen hat. Ähnlich erging es auch anderen Ländern mit ähnlichen Klagen. Klimaschutz wird so ausgebremst und deshalb müssen wir raus aus dem Energiecharter Vertrag. Die Interessen der großen fossilen Konzerne dürfen nicht wichtiger sein als die Bewahrung eines lebensfreundlichen Planeten.

3

Wir müssen uns mit Inhalten auseinandersetzen und uns an unseren Versprechen messen lassen.

4

Dem kann ich nur zustimmen. Meine erste Demo als Jugendliche war eine gegen Nazis und ich werde immer gegen Faschismus und Rassismus kämpfen.



Ansgar Heveling, Mitglied des Bundestages (MdB), CDU Kandidat Krefeld, Wahlkreis KR I

1- 4

Die Bundesrepublik besteht jetzt über 70 Jahre und das Fundament unserer republikanisch-demokratischen Staatsordnung bildet das Grundgesetz. Seine Vorgaben haben für ein stabiles und tragfähiges Staatswesen gesorgt, zum einen durch klar konturierte Rechtspositionen des Einzelnen etwa durch die Grundrechte, zum anderen durch eine sorgsam ausbalancierte Machtverteilung der Verfassungsorgane, sowohl im Bund als auch im Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Auch wenn es vielfältige gesellschaftliche Veränderungen in den über 70 Jahren gegeben hat – unsere Demokratie hat sich als stabil erwiesen. Das stimmt mich positiv im Hinblick auf die Lage der Demokratie in unserem Land. Aber: Eine republikanisch-parlamentarische Demokratie lebt vom fruchtbaren politischen Diskurs; einem Diskurs, der unsere Verfassungsordnung als Fundament der politischen Auseinandersetzung anerkennt und der durch Respekt und Anerkennung in der Auseinandersetzung gekennzeichnet ist. Dieser Diskurs wird bedroht, wenn politische Kräfte bewusst dieses Fundament verlassen und wenn mit „alternativen Fakten“ der Diskursinhalt verzerrt wird. Zurecht hat sich unsere Republik immer als wehrhaften Demokratie verstanden. Dort, wo mit neuen Kommunikationsplattformen Risiken für den Diskurs einhergehen, muss auch darauf aufmerksam gemacht werden. Wesentliches Element in der Demokratie ist gleichzeitig die Legitimation. Die Demokratie wird von daher in allen Lebensbereichen gestärkt, wenn die Legitimation gestärkt wird.

Dr. Günter Krings, Mitglied des Bundestages (MdB), CDU Kandidat Mönchengladbach

1

Nicht zuletzt während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass auch in Deutschland viele gesellschaftliche Diskurse polarisiert sind. Eine zentrale Säule der Demokratie ist und bleibt die Meinungsfreiheit. Die verfassungsrechtlich garantierte Meinungsfreiheit umfasst jedoch weder Hetze noch Drohungen, was selbstverständlich auch für das Internet gilt. Im Gegenteil: Hetzerische Parolen tragen entscheidend zur Verrohung der politischen Auseinandersetzung bei. Die CDU will diese Tendenzen mit allen Mitteln des **wehhaften** Rechtsstaats durchbrechen. In den letzten Monaten haben wir bei der Bekämpfung der Hasskriminalität bereits etliche Fortschritte erzielt, wie etwa die gesetzliche Verankerung der Pflicht von Anbietern sozialer Netzwerke, bestimmte strafbare Inhalte zu melden. Hieran werden wir anknüpfen und Hetze im Netz weiter bekämpfen. Nichtsdestotrotz ist die Lage der Demokratie in Deutschland insgesamt stabil. Die Institutionen unserer parlamentarischen Demokratie haben bewiesen, dass sie auch in Krisenzeiten handlungsfähig sind und auch die Zivilgesellschaft blieb stets lebendig. Dies ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, sondern ein kostbares Gut, welches es zu schützen und stärken gilt.

2

Unsere Demokratie kann insbesondere durch eine attraktivere Gestaltung der parteipolitischen Beteiligung und einen Ausbau der demokratischen Bildung gestärkt werden. Hierbei kommt den politischen Parteien eine zentrale Rolle zu, da diese zur Mitgestaltung ermutigen und zur politischen Teilhabe einladen sollen. Zudem müssen demokratische Werte, wie die Akzeptanz einer Mehrheitsentscheidung bei gleichzeitigem Minderheitenschutz sowie eine respektvolle Debattenkultur, Kindern und Jugendlichen bereits in jungen Jahren vermittelt werden.



3

Eine politische Auseinandersetzung und ein Wahlkampf sind fair, wenn sie sachlich und respektvoll geführt werden. Hierzu gehört auch, dass sie auf der Grundlage von Tatsachen und nicht von Falschmeldungen, bloßen Behauptungen oder persönlichen Angriffen ausgetragen werden.

4

Auch ich halte viele Positionen der AfD mit christlichen Überzeugungen und damit auch mit demokratischen Werten für unvereinbar. Deren Zusammenhang hat sehr treffend schon Konrad Adenauer formuliert, indem er die Demokratie als eine Weltanschauung bezeichnete, die in der Auffassung von Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden Menschen wurzele, die das Christentum entwickelt habe.

Dr. Martin Plum, CDU Kandidat Kreis Viersen

1

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist über viele Jahre gewachsen, gefestigt und stabil. Und doch ist sie heute mehr denn je herausgefordert – von innen und außen. Innerhalb Deutschlands schwindet bei vielen Menschen das Vertrauen in sie. Zugleich setzen Extremisten und Populisten von rechts und links sie unter Druck. Durch Hass, Hetze und Lüge tragen sie zur Verrohung unserer Sprache und unserer politischen Auseinandersetzung bei. Von außen stellen autoritäre Staaten wie z.B. China, Russland und die Türkei unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage. Durch Desinformation und Propaganda versuchen sie diese zu destabilisieren sowie unser Land und unseren Kontinent zu spalten.

2

Demokratie wird vor allem durch Bewusstsein gestärkt. Bewusstsein dafür, dass Menschenwürde und Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Wahlen und Abstimmungen nicht selbstverständlich sind, sondern von uns allen stets aufs Neue erlernt, gelebt und verteidigt werden müssen. Dieses Bewusstsein erfordert politische Bildung. Die politische Bildung müssen wir daher an unseren Schulen und Hochschulen genauso wie in der Jugend- und Erwachsenenbildung fördern und stärken.

3

Eine faire politische Auseinandersetzung ringt durch den Austausch von Argumenten um den besten Weg. Sie kann in der Sache hart und kontrovers geführt werden. Im persönlichen Umgang muss sie aber immer respektvoll bleiben. Hass und Hetze, Beleidigung und Drohung, Desinformation und Lüge sind ihr fremd. Sie gehören nicht zu den Mitteln aufrechter und überzeugter Demokraten.



4

Die AfD ist unchristlich. Sie schürt Hass, hetzt gegen Minderheiten und will unsere Gesellschaft und unser Land spalten. Das hat mit christlichen Werten nicht nur nichts zu tun, sondern widerspricht ihnen diametral. Denn Christsein heißt auf Gemeinschaft, auf Solidarität und auf Zusammenhalt zu setzen. Das allein entspricht dem christlichen Menschenbild, das mich als gläubiger Christ und überzeugter Christdemokrat persönlich wie politisch leitet.

Kerstin Radomski, Mitglied des Bundestages (MdB), CDU Kandidatin Krefeld, Wahlkreis KR II

1

In der aktuellen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages seit 2017 hat sich das dortige politische Klima verändert. Als Abgeordnete sieht man sich stärker pauschalen Parolen und auch persönlichen Angriffen ausgesetzt - momentan vor allem von Kritikern der Corona-Schutzmaßnahmen. Dazu zählt auch die Behauptung, das Parlament sei dabei nicht ausreichend eingebunden gewesen – das Gegenteil ist der Fall. Die Aufgabe von uns Volksvertretern ist es, den Bürgerinnen und Bürgern die großen Vorteile unserer repräsentativen Demokratie zu vermitteln. Dabei bin ich eine leidenschaftliche Botschafterin!

2

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat als Konsequenz aus der Corona-Krise ein 40-Punkte-Programm für eine Staatsreform beschlossen. Zu diesen Punkten zählt, dass Bürgerbeteiligung von Anfang an Standard werden soll. Allerdings schließt das z.B. nicht Volksentscheide auf Bundesebene ein. Als Vertreterin einer Partei mit vielen direkt gewählten Bundestagsabgeordneten sehe ich zudem einen Unterschied zu Parteien mit ausschließlich oder überwiegend über die Landeslisten gewählten Volksvertretern, was die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger vor Ort betrifft.

3

Toleranz und der Respekt vor der Meinung der Anderen. Woran wir alle gemeinsam arbeiten müssen, ist die Debattenkultur. Dem demokratischen Diskurs tut es nicht gut, wenn sich die Tonlage und Schärfe von politischen Auseinandersetzungen – vor allem in den sozialen Medien – zunehmend verschärft.

4

Die CDU schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD aus.



Ulle Schauws, Mitglied des Bundestages (MdB), Bündnis 90/Die Grünen Kandidatin Krefeld, Wahlkreis KR II

1- 4

Ich stehe ein für eine gerechte, solidarische und offene Gesellschaft, in der alle leben können, so wie sie sind. Vielfalt ist eine Stärke, die uns bereichert. Eine Demokratie wird daran bemessen, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht. Darum heißt es für mich und für uns **Grünen**: Klare Kante gegen rechts! Die, die gegen unsere Demokratie sind, wollen kein vielfältiges oder geschlechtergerechtes Land. Im Gegenteil, sie stellen unsere demokratische Grundordnung und gemeinschaftlichen Werte in Frage und gefährden den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Demokratie zu stärken, heißt für mich und uns Grüne, für gleiche Rechte und echte Teilhabe zu sorgen, sodass unser Staat soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle ermöglicht.

Um die Mitbestimmung junger Menschen zu stärken, wollen wir das Wahlalter in der nächsten Legislaturperiode auf 16 Jahre senken. Mit Bürger*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei wichtigen Themen die Alltagserfahrung der Menschen direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Echte Demokratie gibt es nur gemeinsam und das heißt, dass Frauen auf allen Ebenen und in allen Ämtern gleichberechtigt vertreten sein müssen. Mit meiner Fraktion kämpfe ich weiterhin für Parität im Bundestag! Außerdem muss Politik sauber und transparent sein. Deswegen wollen wir Grünen klarere gesetzliche Regelungen zur Lobbyarbeit und Parteienfinanzierung, damit nicht **diejenige** mit der größten Finanzlobby für Richtungsentscheidungen sorgen können.

Unsere gemeinsamen demokratischen Werte gilt es auch über Landesgrenzen hinweg zu stärken. wir wollen ein starkes, soziales Europa, das sich für Menschenrechte überall einsetzt, aber auch an den Grenzen Europas.

Eric Scheuerle, FDP Kandidat Kreis Viersen

1

Unsere Demokratie und unsere Freiheit sind bedroht durch Extremismus, durch Populismus und durch Gleichgültigkeit. Für uns Freie Demokraten ist es daher eine Kernaufgabe, die liberale Demokratie mit Leben zu erfüllen, sie fortzuentwickeln und zu verteidigen.

2

Es gibt viele Punkte, mit denen wir die Demokratie stärken wollen: die Amtszeit des Bundeskanzlers beschränken, da Demokratie von Veränderung lebt, wir wollen das Petitionsrecht um das „Bürgerplenarverfahren“ erweitern, die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängern für mehr Politik und weniger Wahlkampf, den Deutschen Bundestag verkleinern und dabei den Grundsatz, dass jede Stimme gleich viel zählt, nicht verletzen, und auch der jungen Generation die Chance geben, über ihre Zukunft mitzuentcheiden und entsprechend das Wahlrecht ab 16 einführen.

3

Ein fairer Wahlkampf ist ein Kampf um die besten Ideen und Konzepte. Wir freien Demokraten arbeiten und deshalb nicht am politischen Wettbewerber ab, sondern stellen unsere Vorstellungen, die Zukunft zu gestalten in den Vordergrund.

4

Die AfD vertritt völkisches und nationalistisches Denken und treibt die Spaltung unserer demokratischen Gesellschaft gezielt voran. Sie vertritt offen rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und homophobe Positionen mit dem Ziel, rechtsextremes Gedankengut in unserer Gesellschaft zu verankern. Sie schürt Hass gegen einzelne Bevölkerungsgruppen und lehnt die Vielfalt der unterschiedlichen Lebensformen in unserem Land ab. All dies passt nicht zur KAB, sowie auch ich mich in all meinen Überzeugungen und Prinzipien für den Gegenpol zur AfD engagiere.







KAB mischt mit –

Am 26. September wählen gehen.

